

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

12. Sitzung, 27.02.1920

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des I. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 27. Februar 1920, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung.
 - 1a. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Kollegiums des evangelischen Neuenburger Seminars um Steuerungszulage.
 2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsguts-kapitalienkasse des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1920 nebst Nebenanlage über das Rech-nungsergebnis für 1918 im einzelnen und über den Vermögensbestand. (Anlage 22.)
 3. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für den Landesteil Oldenburg für 1918, nebst Anlage. (Anlage 40.)
 4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1920. (Anlage 36.)
 5. Bericht des Finanzausschusses über die Eingaben des Stadtmagistrats Wildeshausen vom 8. November und 9. Dezember 1919, betreffend Bewilligung von Geldern zur Deckung der Kriegsschäden, welche den Einwohnern durch die Einquartierung von Mannschaften und Pferden des Berg-Feldart.-Regts. 59 zugefügt wurden.
 6. Bericht des Finanzausschusses zur Anlage 35.
 7. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe, betreffend die Erhaltung des Schloßgartens.
 8. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 63.
 9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Oldenburg für das Forstbetriebsjahr 1917/18. (Anlage 45.)
 10. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Joh. Kosten in Stüdgras, Amt Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer Hinterbliebenenrente für seinen seit dem 17. Juli 1916 bei Verdun vermißten Sohn Diedrich Kosten.
 11. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Hans Hinrich Kuhl in Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer laufenden Unterstützung wegen erschöpfter Arbeitsfähigkeit.
 12. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Fr. Schierenbeck in Stüdgras, Amt Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer dem Geldwert und den jeweiligen Preisen der Bedarfsartikel entsprechenden Rente für seinen am 26. Oktober 1917 gefallenen Sohn Heinrich Wilhelm Schierenbeck.



13. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des sozialdemokratischen Vereins Esfleth, betreffend Verwahrung gegen den Beschluß der Landesversammlung vom 21. Juni 1919, dem früheren Großherzog eine jährliche Entschädigungssumme von 150 000 M zu bewilligen.
14. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse der Landesteile Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1920. (Anlage 37.)
15. Bericht des Finanzausschusses über
 1. den Antrag des Bundes Oldenburger Referendare auf Gewährung einer Aufwandsentschädigung vom 15. Dezember 1919 und
 2. die Eingabe des Oldenburger Philologenvereins vom 31. Januar 1920, betreffend Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Studienreferendare.
16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Stadtsekretärs Ferdinand Treptow in Frankfurt a. Main, betreffend Abschaffung der Wählerlisten für die Wahlen zu den gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften und Einführung eines Wahlpasses.
17. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe der amtlichen Auktionatoren in Oldenburg über Verleihung der Beurkundungsbefugnis für öffentliche Grundstücksverkäufe.
18. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 1. Lesung. (Anlage 68.)
19. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Lessers, betreffend die Besteuerung des Wandergewerbes.
20. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Gesuch des Gastwirts Paul Pfeiffer, betreffend Aufhebung des Gesetzes, wonach an Sonnabenden Festlichkeiten und Bälle nicht stattfinden dürfen.
21. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Stadtmagistrats Delmenhorst um Neuregelung der Grundsätze für die Beihilfen des Staates zu den persönlichen Volksschullasten.
22. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des oldenburgischen Seminarlehrervereins, betreffend Anerkennung der Seminare als höhere Lehranstalten.

Vorsitzender: Präsident Tanzen (Stollhamm).

Am Regierungstische: Ministerpräsident Tanzen, Staatsminister Graepel und Staatsminister Meyer.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll der gestrigen Sitzung zu verlesen. (Geschicht durch Abg. Denis.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Es ist nicht der Fall, dann ist es genehmigt. Eingänge liegen nicht vor. Wir fahren fort bei dem Punkt 12 der gestrigen Tagesordnung:

Interpellation des Abg. Seitmann

mit folgendem Wortlaut:

Ist die Staatsregierung bereit, dem Landtag Mitteilung darüber zu machen, welche Gründe eine Preiserhöhung für Milch und Butter in der vorgewonnenen Höhe rechtfertigen?

Ich gebe dem Herrn Interpellanten zur Begründung seiner Interpellation das Wort.

Abg. Seitmann: Die allgemeine Preiserhöhung, wie sie auf allen Gebieten eingesezt hat, ließ ja wohl erwarten, daß auch für Milch wieder eine Preiserhöhung eintreten würde, obwohl die im September vorgenommene Erhöhung des Preises für Milch von dem Gesichtspunkt aus vorgenommen worden ist, gleich eine Höhe festzusetzen, die es ausschließt, daß schon in allernächster Zeit eine weitere Erhöhung folgen sollte. Nun hat zwar sofort nach der Preiserhöhung im September von bestimmter Seite eine Agitation eingesezt, die sich gegen die Aufrechterhaltung der Zwangs-

wirtschaft richtete und gleichzeitig zum Ziel hatte, eine weitere Preiserhöhung für Milch eintreten zu lassen. Diese Bewegung, die sich gegen die Zwangswirtschaft richtete, scheint nun leider einen ganz erheblichen Einfluß ausgeübt zu haben auf diejenigen Personen, die hier bei der Erhöhung des Milchpreises mitgewirkt haben. Es scheint leider, daß von verschiedenen Stellen der allgemeinen Forderung nach Preiserhöhung für Milch, wie sie auch in außeroldenburgischen Gebieten eingesezt hat, allzusehr Rechnung getragen wird. Zum wesentlichen wird die Erhöhung des Milchpreises ja damit begründet, daß neben der allgemeinen Steigerung der Unkosten ein Rückgang in der Ablieferung von Milch eingetreten ist, dem mit der Preiserhöhung entgegengewirkt werden soll. Es fragt sich nur, worauf dieser Rückgang der Milchablieferung zurückzuführen ist, ob er allein durch den vorgeschützten Futtermangel oder durch andere Ursachen verschuldet ist. Wenn man die Agitation betrachtet, wie sie beispielsweise von den Landwirten in der Gegend von Hude getrieben wird, kommt man unwillkürlich zu der Anschauung, daß die Ursache dieses Rückganges der Ablieferung darin zu suchen ist, daß ein großer Teil der Milch verschoben wird. Auch in anderen Gegenden ist ja ein ganz erheblicher Rückgang der Milchablieferung zu verzeichnen, wenn man die Ziffern zwischen 1918 und 1919 in den einzelnen Ablieferungsgebieten ins Auge faßt. Dieser Rückgang ist zum Teil geradezu erschreckend groß. Es ist geradezu notwendig, die Frage aufzuwerfen, was denn die Landesfettstelle getan hat, diesem unserer Ansicht nach nicht natürlichen Rückgang in der Ablieferung der Milch entgegenzutreten. In der

Beiratsitzung der Landesfettstelle, die ja auch zu der Preiserhöhung Stellung genommen hat, ist es zu einer Verständigung nicht gekommen, weil die Meinungen darüber auseinandergehen, ob wirklich diese Erhöhung in dem Maße, wie sie beantragt war, gerechtfertigt ist oder nicht. Sonderbarerweise hat nun die Landesfettstelle eine Erhöhung der Preise für Milch und auch für Butter vorgenommen, die noch wesentlich über das hinausgeht, was in der Beiratsitzung gewissermaßen als Höchstsätze für die Preiserhöhung angesehen worden ist. Die Regierung hat deshalb auch die Verantwortung für diese noch über die Sätze der Beiratsitzung hinausgehende Erhöhung zu tragen. M. E. wäre es richtiger gewesen, man hätte versucht, in einer weiteren Beiratsitzung eine Verständigung über die Preise zu erzielen, als daß hier die Regierung Erhöhungen vornimmt, die wesentlich die Forderungen übersteigen, die damals in der Beiratsitzung der Landesfettstelle aufgestellt worden sind. Die Milchpreise betragen hier in der Stadt Oldenburg 64 Pf., jetzt sind sie erhöht worden auf 1,10 M. Diese Erhöhung wird allgemein sein. Der Butterpreis ist von 4,20 M sogar auf 9 M erhöht worden. Eine solche Erhöhung ist, obwohl wir zugeben müssen, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse eine gewisse Erhöhung notwendig war, m. E. nicht gerechtfertigt. Darum ist es notwendig, daß hier Aufklärung über diese ganz wesentliche Preiserhöhung gegeben wird. In den Verhandlungen über die Erhöhung der Milchpreise ist von den verschiedensten Seiten immer hervorgehoben worden, daß die kleinen Kuhhalter Futter zukaufen müssen und aus diesem Grunde eine Erhöhung der Milchpreise notwendig sei. Ich persönlich vertrete die Ansicht, daß man den Milchpreis nicht auf unrentable Milchwirtschaften aufbauen kann. Die kleinen Milchwirtschaften, die wirklich alles zukaufen müssen an Futter, die können nicht durch eine Erhöhung der Milchpreise rentabel gemacht werden, sondern die können nur rentabel gemacht werden, wenn man denen genügend Land gibt, damit sie auch tatsächlich imstande sind, Milchwirtschaft betreiben zu können. Auf so unrentable Wirtschaften kann man die Milchpreiserhöhung nicht aufbauen. Wir möchten daher die Regierung bitten, anzugeben, welche Gründe zu dieser besonderen Preiserhöhung von Milch und Butter geführt haben.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tauten: M. H.! Herr Abg. Heitmann hat schon zum Ausdruck gebracht, daß im Beirat der Landesfettstelle eine Einigung über die Milchpreiserhöhung nicht hat erzielt werden können. Damit kam die Sache ans Ministerium, d. h. an mich, und ich sollte entscheiden. Diese Entscheidung zu fällen ist mir außerordentlich schwer gefallen, und Sie können sich denken, ein wie unangenehmes Amt es ist, in solchen widersprechenden Interessen nun eine Entscheidung zu fällen, die allen Beteiligten gerecht wird. Eine Entscheidung zu fällen, mit der alle Beteiligten zufrieden sind, gibt es überhaupt nicht. Ich habe, bevor ich die Entscheidung gab, die Anordnung gegeben, daß mir die Preise vorgelegt würden, die in den umliegenden Gegenden und den ganzen norddeutschen Bezirken gezahlt werden. Nachdem ich festgestellt hatte, daß in keinem Bezirk Norddeutschlands, nicht nur von Hannover zu reden, sondern

auch Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Brandenburg, Rheinland, in keinem der Bezirke ein höherer Preis gezahlt wurde, als der in Aussicht genommene, ja, das wir mit 75 Pf. ab Stall an der niedrigsten Stelle stehen — der nächste ist 80 Pf. — habe ich schweren Herzens geglaubt, verantworten zu können, dieser Preiserhöhung zustimmen zu müssen. Denn wenn irgend jemand weiß und mitempfindet, was es bedeutet, wenn städtische Familien für einen Liter Vollmilch für die Bedürfnisse der Kinder 1 M und mehr zahlen müssen, dann bin ich es. Nun wird von der einen Seite stets gesagt, wir müssen die Preise haben, weil sonst die Produktion zurückgeht. Auf der anderen Seite wird das bestritten. In beiden Auffassungen liegt etwas Richtiges und Unrichtiges. Deshalb nämlich, weil die Produktionskosten für alle Betriebe nicht dieselben sind. Der Betrieb, welcher mit gutem nicht ausgepowertem Boden arbeitet, der Betrieb, welcher seine ganzen Betriebsanlagen in Ordnung hat, hat natürlich viel geringere Produktionskosten als der ärmste Boden. (Sehr richtig!) Wenn wir also die Produktionskosten auf den ärmsten Boden einstellen, dann sind diese Preise nötig. Wollen wir das nicht, dann müssen wir sagen, die Produktion auf den ärmsten Böden unter den ungünstigsten Verhältnissen nimmt ab, die übrigen können durchaus bestehen. Im ganzen nördlichen Herzogtum ist, von Ausnahmen abgesehen, ein Preis von 75 Pf. ab Stall nicht erforderlich. Aber es gibt auch weite Gebiete im Herzogtum, in denen es anders liegt, besonders bei den kleinen Landwirten und Kolonisten. Und ich will damit unter Kolonist nicht etwa sagen, nur der Kolonist auf staatlichem Boden, sondern überhaupt, was sich angesiedelt hat auf unkultiviertem Land und jetzt keinen Kunstdünger hat, ist in schwerster Lage und muß diesen Preis haben, wenn ausgekommen werden soll. So liegen die Dinge. Wenn man die Produktion in der Gesamtheit heben will, dann können wir nicht anders, als mehr Böden hineinziehen in die Produktionsmenge. Und dies Mehr sind kümmerliche Böden. Also müssen wir da an sich die Preise zahlen oder uns klar machen, es gibt nicht mehr Produkte. Ich will aber, nachdem dieser Schritt getan ist, nicht unterlassen, zu sagen, daß ich für unverantwortlich halte, wenn nun noch irgendwo oder in irgend einer Weise gegen diesen Preis als ungenügend angegangen wird und wenn nicht in vollem Maße die Lieferungspflicht erfüllt wird. Und ich möchte denjenigen, die etwa auf die Kreise der Landbünde oder anderer die wirtschaftlichen und materiellen Interessen vertretenden Organisationen irgend welchen Einfluß haben, erklären, daß ich für wertvoll halte, endlich mal diese Organisationen darauf hinzuweisen, daß sie nicht auf Schwierigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes und auf die Opfer, die ihrer Ansicht nach gebracht werden müssen, immer hinweisen, sondern auf die Pflichten hinweisen, die den Landwirten der Gesamtheit gegenüber obliegen, wenn das vorkommen kann, daß vor wenigen Wochen in Hude erneut die Landwirte schreien: „Ja, im November, Dezember haben wir gesagt 75 Pf., aber jetzt müssen wir schon 1 M haben“, dann ist das etwas, gegen das ich aufs schärfste angehe. Und die Bekanntmachung, die B.D. 4 des Militärbefehlshabers werden Sie gelesen haben, die auf meine Veranlassung von ihm erlassen ist. Sie lautet:

Wer sich gegen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Ablieferung von Lebensmitteln richtet, wird gemäß § 4 der W.D. bestraft.

Auch ist in dieser W.D. gesagt: Agitationen, die sich richten auf die Stilllegung von Betrieben, also politisch unverantwortliche Streikheherei sind ebenso zu verurteilen, wenn wir durchkommen wollen. Aber auch auf der anderen Seite diejenigen, die zunächst in Versammlungen reizen und dann sagen: „Wir stehen für nichts mehr ein.“ Das ist die rücksichtsloseste Methode. Und ich kann sagen, an Entschiedenheit der Regierung gegenüber diesen Kreisen, die nichts anderes zu tun haben, als Unzufriedenheit zu sähen, wird es nicht fehlen.

Die Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, geben leider ein wenig erfreuliches Bild. Die gesamte abgelieferte Menge an Milch ist zurückgegangen im Dezember 1919 gegenüber Dezember 1918 um 9%, im Januar 1920 gegenüber Januar 1919 um 15%. Dieser Rückgang verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Kommunalverbände. Und auch hier glaube ich, ist es notwendig, in aller Klarheit darauf hinzuweisen, in welchem Kommunalverband der Hauptrückgang ist. Denn die Molkereibetriebe in allen Kommunalverbänden sind ja dieselben geblieben. Da ist nichts stillgelegt. Auch hat sich im Norden nichts besonderes entwickelt in der Zeit. Es ist der Rückgang in den 3 Amtsverbänden Wechta, Cloppenburg und Friesoythe über alle Maßen stark, und zwar ist in diesen drei Kommunalverbänden der Rückgang bis auf 40% gestiegen gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres, und zwar 40% das Amt Cloppenburg, 33% das Amt Wechta und 30% das Amt Friesoythe. Dann folgt das Amt Westerstede mit 20%, Wilbeshausen und Delmenhorst mit 10 bzw. 13%, Sever mit 5% während im Norden die Anlieferung dieselbe geblieben, oder eine kleine Zunahme zu verzeichnen ist, ja im Amt Brake die Zunahme 15% ist. (Widerpruch.) W. H.! Ich glaube, Sie müssen nicht so einseitig Stellung nehmen, Sie von der Zentrumsparthei. Sie sind Vertreter dieser 3 Verbände. Sagen Sie offen, wie die Dinge liegen und sagen Sie: Wenn etwas zu bessern ist, soll es geschehen. Also Sie sagen, es ist nicht zu verwundern. Weshalb ist denn in den Ämtern Delmenhorst, Oldenburg, Wilbeshausen der Rückgang nicht derselbe? Sie haben bessere Böden im Amt Cloppenburg und teilweise im Amt Wechta haben Sie im Vorjahre bessere Ernten gehabt. Im Vorjahre sagten Sie, die Ernte ist schlecht. Die Ernte in diesem Wirtschaftsjahr ist besser gewesen, als die vorhergehende. Sie könnten sagen, die Kuhzahl ist zurückgegangen. Aber das ist sie nicht, die Kuhzahl ist annähernd dieselbe geblieben. Und deshalb ist Ihre Auffassung: „Rückgang des Viehstandes, Rückgang der Kuhzahl und daher weniger Milch“ nicht richtig. Ob Sie vielleicht zuviel Vieh haben, ist eine andere Frage. Nachdem wir jetzt 3, 4 Monate die oldenburgischen Grenzen gesperrt haben, ist möglich, daß die Landwirtschaft augenblicklich unter dem Druck des zu vielen Viehes steht. Aber die Feindbundlieferungen stehen bevor und sind in Abzug zu bringen. Mit einzelnen Zahlen glaube ich Sie nicht aufhalten zu sollen. Wenn Sie wünschen, kann ich die Kuhzahlen vorlesen. Ich habe sie vor fünf Minuten bekommen, zusammengestellt, nachdem ich mich vorher selbst

in der Statistik unterrichtet hatte. Die gesamte Kuhzahl ist von 1916 bis 1919 im ganzen Lande Oldenburg an Milchkuhen — nicht an anderen Kühen, sondern gemolkene Kühen — von 125 000 auf 113 000 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang von etwa 8 bis 9%. Der Rückgang der Milchablieferung ist leider viel erheblicher, trotzdem die Futterverhältnisse in diesem Jahre bessere sind. Und wir wissen ganz genau, woher das kommt, es kommt daher, weil die Milch, wenn man sie selbst in ein Butterfaß tut und zu Butter verarbeitet, mehr einbringt (Sehr richtig!), wenn man dann die Butter privatim verkauft. Und nachdem die Molkereien den Genossen bis zu einem halben Pfund Butter pro Woche liefern dürfen für die Erntezeit, — und die Erntezeit kann recht lange ausgedehnt werden — muß ich doch sagen, daß die Erzeuger, wo ihnen neben diesem Fett Öl und andere fetthaltige Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, zufrieden sein sollten und das übrige abliefern müssen. Wenn man etwa glaubt, mit 75 Pf. den Anreiz zu geben, nicht mehr zu buttern, dann irrt man sich. Die Butter hat vor 3 Monaten im Schleichhandel 15 M gekostet, jetzt kostet sie 25—27 M das Pfund. Jedenfalls muß die Butter irgendwo herkommen und sie kommt aus den Bezirken, wo am meisten die Milchlieferung zurückgegangen ist. Wer das bestreitet, bestreitet etwas was wahr ist. Und damit will ich ja nicht der Bevölkerung der südlichen Landesteile in ihrer Gesamtheit einen Vorwurf machen. Ich sage nur, daß da von manchen Erzeugern dem Anreiz mehr zu machen, nicht so kräftig widerstanden wird, wie in anderen Bezirken und daß das erforderlich ist, daß das erklärt wird, mit aller Entschiedenheit von den Organisationen, die glauben, günstig wirken zu sollen auf das Landvolk, das ist notwendig, und daß das von ihnen als Vertretern der Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit erklärt wird, daß sie das nicht billigen, aufs entschiedenste verurteilen und daß gegen alle diejenigen aufs schärfste vorgegangen werden solle. Das erwarte ich von Ihnen im Interesse der Gerechtigkeit, die Sie allen Bevölkerungskreisen angeeignet lassen müssen. Ich will nicht reden über das Elend, was in anderen Gegenden außerhalb Oldenburg herrscht. Ich habe mir vorgenommen, mich hinführen zu lassen, da wo die Not am größten ist, und das sind die Kreise der kleinen Verbraucher. Denn den Erzeugern geht es im großen ganzen ausgezeichnet. Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß sie kein Zeug oder Schuhe bekommen können. Sie können einfach ein Kind totschlagen und aus der Haut Schuhe machen lassen. Es sind noch gewaltige Vorräte vorhanden. Aber daß immer mehr Vorräte verloren gehen und die Landleute ihre Pflicht nicht tun, das geht unter keinen Umständen. Das letzte muß abgeliefert werden, was da ist, damit nicht die Kinder in anderen Gegenden verhungern und ein Stück des deutschen Volkes, was wir national zusammenhalten wollen, zu Grunde geht. Da haben Sie auch die nationale Selbstlosigkeit aufzubringen. Sehen Sie hin ins Erzgebirge! Die Kinder verhungern und verkümmern. Also, Bauern, Pflicht tun im höchsten Maße, das ist das, was wir fordern. (Sehr richtig! Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Hollmann beantragt Besprechung der Interpellation. (Einverstanden.) Widerpruch erfolgt nicht. Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. Hollmann: M. H.! Ich muß gestehen, ich habe mich gewundert, daß diese Interpellation eingebracht wurde, nachdem von allen Seiten, mit denen hier derzeit gleiche Preise vereinbart wurden, höhere Preise festgesetzt sind. So ist z. B. für die Provinz Hannover, mit der wir damals glaubten, dieselben Preise zu bekommen, mit Wirkung vom 9. Februar der Liter Vollmilch auf 80 J festgesetzt, in der Provinz Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 15. Februar auf 90 J. Gerade diese Provinzen waren es, mit denen wir derzeit dieselben Preise vereinbaren wollten. Sie sehen also, wenn die Preise festgesetzt werden, dann sind sie schon bereits durch andere wieder überholt. In den landwirtschaftlichen Bezirken der Provinz Hannover, glaube ich, liegen allgemein dieselben Verhältnisse vor, wie sie auch hier im Freistaat Oldenburg vorliegen. Ich will die Verhältnisse der Marsch ausscheiden. Darüber will ich hier ein Bild nicht machen. Ich kenne die Verhältnisse nicht genau genug und gebe auch zu, daß da die Verhältnisse wesentlich günstiger liegen, weil der Boden nicht ausgepowert ist usw. Sehr viel schlechter aber liegen die Verhältnisse auf der Geest. Ich habe deswegen gerade die Besprechung der Interpellation beantragt, weil doch manches hier nicht unwidersprochen gelassen werden darf, was sowohl seitens des Herrn Interpellanten als auch des Herrn Ministerpräsidenten ausgeführt wurde. Der Herr Ministerpräsident hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die eingelieferte Milchmenge so außerordentlich zurückgegangen ist. Ich will da nur eine Zahl herausgreifen, wie hoch sich beispielsweise im Durchschnitt die tägliche Anlieferung im Januar d. J. belief gegenüber der Anlieferung von 1917, also des ersten Winters, wo der Krieg auch auf unser Milchvieh einwirkte. Und da haben wir eine tägliche geringere Milchlieferung von 150 000 Liter. Das macht täglich eine geringere Produktion von 10 000 Pfd. Butter. Diese geringere Produktion ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Milchkühe während der Kriegszeit kein Kraftfutter bekommen haben, was vor dem Kriege auf der Geest in ganz außerordentlich großem Maße der Fall war. Es hat dann einen sehr ungünstigen Einfluß geübt, daß wir namentlich im vorigen Sommer, in den Monaten Mai und Juni große Dürre hatten. Der Graswuchs auf den Weiden war ein ganz minimaler und das Vieh, was entkräftet auf die Weide kam, konnte keine Reservestoffe ansammeln. Dann kommt hinzu, daß die Serabella nicht aufblief, die in anderen Jahren ein ganz vorzügliches Futter für Milchkühe abgab, wobei sie dann auch im Winter einen Reservestoff haben und mehr Milch geben. Aber der Ausfall der Serabella verschlug nicht gegen den scharfen Frost, der Anfang November einsetzte, das Vieh von den Weiden trieb und unser Hauptmilchviehfutter, den sogenannten Dickstrunkföhl erfrieren ließ. Die Hauptursache, daß so wenig Milch eingeliefert wird, ist also, daß das beste Milchviehfutter in diesem Winter fehlt. Das muß ganz wesentlich berücksichtigt werden. Denn auf der Marsch wird Dickstrunkföhl nicht gebaut, die haben das gute Heu, und das ist in vorzüglicher Qualität hereingekommen. Und so kann ich mir erklären, daß im Amt Brake mehr Milch abgeliefert wird, als im Vorjahre. Ich gehe auch von der Ansicht aus, daß es Pflicht der Land-

wirte ist, die Milch zu liefern, die sie haben. Aber sie können nicht mehr liefern, als sie haben. Und ich kenne eine große Zahl von Betrieben, in denen in demselben Verhältnis die Produktion an Milch zurückgegangen ist, wie sie sich in diesen Zahlen kundgibt. Ich möchte dann aber noch auf eins hinweisen. Ich verstehe nicht, wie man sagen kann, es sei nicht nötig, daß der Milchpreis höher sein müsse als 75 J. Bedenken Sie, was kostet jetzt der Kunstdünger? Und die ganze Milchproduktion auf der Geest ist nur eine Kunstdüngerfrage. Thomasmehl ist mit Wirkung vom 15. Februar d. J. auf das 20fache gestiegen als im ersten Kriegshalbjahre. Stickstoff steigt vom 1. März an wiederum auf das Doppelte. Wie man noch bei diesen Kunstdüngerpreisen Milch zu diesem Preise erzeugen will, das ist mir ein Rätsel. Und ich betone deswegen nochmals, wir stehen am niedrigsten in Bezug auf die Milchpreise. Ich sehe keinen Grund ein, wodurch es kommen soll, daß wir billiger produzieren sollen auf der Geest als in anderen Bezirken, die gleiche Verhältnisse haben.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tausen: Nur wenige Worte. Wir haben auch hier zum Schluß leider wieder gehört, daß ein Vertreter der Landwirtschaft erklärt hat, mit diesen Preisen sind wir nicht zufrieden. (Abg. Hollmann: Sehr richtig!) Ich betone, daß die Regierung einmütig auf dem Standpunkt steht, auf entschiedenste solche Auffassungen bekämpfen zu sollen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir mit diesen Preisen auskommen, und in demselben Augenblick, wo die Preise festgesetzt werden, wird hier betont, es genügt nicht. Wenn Sie vorher in demselben Sage sagen, wir wollen auch, daß der Landwirt liefert, und dann hinterher sagen, es reicht nicht aus, dann schlagen Sie die Wirkung des ersten Sages tot. Und deshalb betone ich, daß ich das für unrecht halte, immer zu sagen, wir können damit nicht auskommen. Wohin soll das führen? Zum Ruin der Landwirtschaft dadurch, daß Sie die Kluft zwischen der Bevölkerung immer mehr erweitern, weil Sie die Bodenpreise immer höher treiben. Wenn Sie das Zwanzigfache für das Thomasmehl bezahlen sollen und das den Milchpreis bestimmen soll, das tut es nicht allein. Auch der Bodenpreis tut es. Ist der noch der alte? Um das Vielfache ist er gestiegen. Da lassen Sie doch von dem Bodenpreis etwas nach! Also das ist die beliebte Rechnung, man greift irgend etwas heraus, was teuer geworden ist und berechnet danach den Produktionspreis irgend eines Produktes. Das haben wir immer von der agrarischen Seite gehört. Das geht einfach nicht an, auf die Art rechnen zu wollen. Sie kommen dann dahin, daß Sie nicht nur den Bodenbesitz vollständig entschulden, sondern Sie führen das gesamte Volksvermögen den Bodenbesitzern zu. Und dann kommt der Zeitpunkt, wo die Mehrzahl der Bevölkerung sich sagt: Wie fangen wir jetzt die Verteilung an? Also das ist so unrichtig, die Politik, wie die Landwirtschaft sie betreibt, wenn sie den Eigenbesitz beibehalten will. Dies führt nicht dahin, sondern das führt zu einer Katastrophe.

Präsident: Herr Abg. Feigel hat das Wort.

Abg. Feigel: M. H.! Auch ich muß mich der Bewunderung des Herrn Abg. Hollmann anschließen, daß Herr Heitmann Veranlassung genommen hat, seine Inter-

pellation hier einzugeben. Auch ich war der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, heute nicht in eine Wiederaufwühlung der im Beirat der Landesfettstelle aufs eingehendste geführten Debatte wieder einzutreten. Aber nachdem es nun einmal geschehen ist, habe ich mich dem Antrag auf Besprechung der Interpellation angeschlossen und anschließen müssen, damit nicht nur von einer Seite Behauptungen ins Land gehen, die Verwirrungen anzustiften geeignet sind. Herr Heitmann, Sie werden sich der Zeit vor Weisnachten erinnern, als wir, der Landesfettstelle assistierend, dies Thema recht ausgiebig erörterten. Sie waren Vertreter der Konsumenten und wir der Produzenten. Ich gebe Ihnen zu, daß es ja hart sein mag für Leute in kleinen Verhältnissen, die oft noch viele Kinder haben, die Milch so teuer kaufen zu müssen. Man soll aber bei der Festsetzung solcher Preise stets zwei Seiten im Auge haben. Das tun Sie aber nicht, wenn Sie jetzt noch nicht sich beruhigen wollen. Sie können nicht verlangen von der Landwirtschaft, daß dieselbe Ihnen zuliebe und Ihren Freunden zuliebe produziert. Sie müssen doch dem Produzenten das geben, was ihm zukommt. Das, was dem Produzenten zukommt, ist aber genügend bei den heißen Verhandlungen nachgewiesen worden. Darum wäre es richtiger gewesen, die Sache heute im Landtag nicht wieder anzuschneiden. Der Herr Ministerpräsident hat die Interpellation sofort beantwortet. Der letzte Teil der Beantwortung war aber eine gewisse Strafrede gegen große landwirtschaftliche Kreise, insbesondere im Süden des Landes. Ich muß den Süden des Landes gegen diese Vorwürfe zum Teil in Schutz nehmen. Ich verkenne nicht, daß auch in unserer Gegend nicht immer den Gesetzen entsprechend gehandelt wird, daß es da Leute gibt, welche hamstern und die Butter zu überaus hohen Preisen verkaufen. Das ist entschieden zu mißbilligen. Und Sie dürfen sich darauf verlassen, daß auch wir in unserer Gegend stets bemüht gewesen sind, um derartige Machinationen zu unterbinden. Wir haben sie überall bekämpft. Wir haben dieselben Worte gebraucht, die hier eben gefallen sind, daß es heilige Pflicht eines jeden Landbewohners in Deutschland sei, für seine Mitbürger Sorge zu tragen. Was wir aber bestreiten müssen, ist, daß diese Hamsterei getrieben wird lediglich aus Lust und Liebe zum Gelde. So läppig ist das Leben bei uns auf dem Lande nicht und so günstig ist die Situation nicht.

Wenn Sie die besseren Bauern nehmen, die woffhabenden Landwirte, dann haben die zweifellos gute Jahre gehabt. Aber die große Masse der bei uns Landwirtschaft treibenden Bevölkerung besteht aus sogenannten kleinen Leuten. Und gerade diese sind es auch vielfach, welche durchaus nicht immer günstige Jahre gehabt haben. Die Landwirtschaft hat nur dann günstige Jahre gehabt in der Kriegszeit, wenn sie in der Lage war, Viehzucht treiben zu können in größerem Umfange. Diesen Vorzug hat aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Landwirtschaft gehabt. Deshalb müssen Sie den Maßstab der mildernden Umstände anlegen, wenn Sie die Leute verurteilen, die auf Schleichwegen wandelten. Die haben es vielfach gemacht, um einer wirklich vorhandenen Notlage abzuweichen. Und wenn die Milchproduktion gerade in den südlichen Kreisen einen so rapiden Rückgang gebracht hat, so wird das auch

bei uns lebhaft bedauert. Es ist aber nicht genug hervor gehoben, daß es nicht im Willen der Leute allein liegt, sondern daß auch andere Umstände mitsprechen, besonders die schlechten landwirtschaftlichen Verhältnisse auf der Geest. Es wären die Verhältnisse, namentlich in diesem Jahre, so ungünstig, daß es dem Bauern beim besten Willen nicht möglich war, eine nennenswerte Milchproduktion erzielen zu können. Und vor allen Dingen möchte ich bitten, nicht mit den Verhältnissen des Nordens zu vergleichen. Der Norden kommt viel besser weg als der Süden. Ersterer hat bessere Bodenverhältnisse und damit bessere Produktionsverhältnisse und darum bin ich stets dafür eingetreten, eine Differenzierung der Preise zwischen Norden und Süden durchzubringen, wengleich diese Durchführung nicht leicht sein wird. So liegt die Sache bei uns im Süden derart, daß man ruhig sagen kann, die Leute können trotz guten Willens meistens nicht mehr liefern. Wenn gesündigt wird, dann bin ich der letzte, das in Schutz zu nehmen. Ich habe derartiges stets bekämpft und werde es tun, solange mein Herz in meiner Brust schlägt. Im übrigen darf ich darauf hinweisen: Wenn ein Fehler gemacht worden ist von der Landesfettstelle und von der Behörde, die ihr vorsteht, vom Ministerium, dann ist es von Anfang an der gewesen, daß man gerade die Milch und Butter zu niedrig bemessen hat im Preise. Warum berücksichtigt man nicht, daß auch bei uns in Oldenburg die Buttererzeugung ungünstig liegt? Tatsache ist, daß von Anfang an für Milch und Butter die Preise hätten höhere sein müssen. Und ich bedaure, daß die Landesfettstelle das nicht gemacht hat.

Präsident: Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. Hollmann: Meine Herren! Ich habe mich gewundert, daß der Herr Ministerpräsident nur scharfe Worte gegen meine Ausführungen gefunden hat und kein Wort gegen die andere Seite. Ich meine, gerade durch die Einbringung der Interpellation wird auf der anderen Seite daselbe hervorgerufen, was der Herr Ministerpräsident aus meinen Ausführungen so scharf getadelt hat. Also ich hätte erwartet, daß er mindestens korrekt versühre und auch der anderen Seite diese Vorhaltungen mache. Es ist schon von Herrn Abg. Feigel darauf hingewiesen, daß man nicht begreift, daß man uns billigere Preise stellen will als anderen Teilen Deutschlands, z. B. der Provinz Hannover. Und wenn die höhere Preise jetzt schon haben, glaube ich annehmen zu sollen, daß sie es mit demselben Recht gemacht haben, wie ich dafür anführte. Ich habe noch keineswegs gesagt, daß wir von jetzt an die höheren Preise haben müssen. Ich habe nur zum Ausdruck bringen wollen: Unsere Preise sind tatsächlich niedriger als in anderen Gegenden, und ich weiß keinen Grund, weshalb die Produktionskosten hier niedriger sein sollen als in diesen Gegenden. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß natürlich auf der Geest die Molkereien aus Milchlieferanten bestehen, die im Durchschnitt nur drei, vielfach nur zwei und anderthalb Kühe besitzen. Das sind doch kleinere Betriebe, die unendlich unter dem Kriege gelitten haben. Ferner darf ich darauf hinweisen, daß es gerade die Geest gewesen ist, die unendlich unter der Zwangswirtschaft gelitten hat. Ich darf hinweisen auf die tatsächlich billigen Brotgetreidepreise. Das trifft wiederum

gerade die Bezirke, die hier so unendlich gelitten haben durch die Vernichtung des Dickstrunkkohls für Milchkühe. Ich habe schon gesagt, daß ich stets dafür eingetreten bin, die Landwirte müßten ihr Möglichstes tun, die Milch abzuliefern, die produziert wird. Aber Sie müssen doch bedenken, daß beispielsweise infolge der schlechten Futtermittelverhältnisse die Kühe so viele Monate länger trocken stehen, daß manche Betriebe wohl oder übel dazu übergehen müssen, keine Kühe mehr im Winter abkalben zu lassen, sondern erst im Frühjahr oder Anfang des Sommers. Ich darf darauf hinweisen, daß ich gestern einen Artikel des Direktors Hunte-**mann** zu Gesicht bekam, worin er ausführt, infolge der schlechten Futtermittelverhältnisse seien die Kühe so ausgepöbert, daß man sie erst im Sommer abkalben lassen dürfte. Sie sehen daraus, daß die Milchproduktion infolge der Verhältnisse sehr zurückgegangen ist und wir auf die Dauer nicht mit den Preisen auskommen können, wenn die Grundbedingung für die Produktion, also der Kunstdünger, so enorm verteuert wird.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tausen: M. H.! Zu den ersten Ausführungen, die Herr Abg. Hollmann gemacht hat, muß ich sagen, daß es mir nicht zusteht, Kritik daran zu üben, wann ein Abgeordneter oder eine Partei eine Interpellation einzubringen für richtig hält. Wenn er im ganzen aber sagen will, daß meine Ausführungen sich mehr gegen die Anschauungen richtet, die er vertritt, als gegen die Anschauungen, die von dem Herrn Abg. Heitmann vertreten werden in diesem Punkte, so kann ich ihm sagen, hat er durchaus das richtige Empfinden, und zwar aus folgenden Gründen. Ich sage doch nicht nur: Wie geht es der Milchproduktion in der Landwirtschaft? Ich sage im ganzen: Wie geht es der Landwirtschaft und wie geht es dem übrigen Volk? (Sehr richtig!) Wagt jemand, im Saale zu bestreiten, daß der landwirtschaftliche Beruf in seiner Gesamtheit derjenige ist, der all diese Kriegs- und Revolutions-schäden jetzt und in Zukunft am besten, am leichtesten überstehen wird? Ich glaube nicht. Wir wollen nicht verkennen, daß die Landleute arbeiten. Ich weiß Bescheid auf dem Lande, und ich bin mit Ihnen überzeugt, es ruhig hier aussprechen zu dürfen, daß in der ganzen Zeit des Krieges und auch jetzt im wesentlichen dasselbe geschafft, gearbeitet worden ist wie früher auf dem Lande. Dafür, daß das geschehen ist, soll der Landwirt seinen Verdienst haben, aber auf der anderen Seite auch gerecht sein. Es ist ja nicht nur der Mangel an Arbeitswillen, der zeitweise in anderen Bevölkerungskreisen leider auftrat, sondern das größte Gespenst ist für viele Volksteile die Arbeitslosigkeit. Es ist nicht damit getan, daß man sagt: „Arbeitslose gibt es ja nicht, wenn sie nur arbeiten wollen“. Das kann man agitatorisch dem Landvolk hinschmeißen und es aufheken gegen das Stadtvolk. Das ist nicht richtig. Es sind Millionen da, die arbeiten wollen, aber nicht die Arbeitsgelegenheit haben. Also im ganzen wird die Landwirtschaft den Zusammenbruch, den wir hinter uns haben, — vielleicht haben wir auch noch ein Stück vor uns — am besten überstehen. Das ist auch nicht anders möglich. Aber in welchem Maße sollen sie die Vorteile genießen? Sollen sie berechtigt sein,

kraft der Tatsache, daß sie das wichtigste Produktionsmittel in der Hand haben, alle anderen Bevölkerungsteile nun sich dienstbar zu machen? Und da sage ich: Du hast das wichtigste Produktionsmittel, den Grund und Boden in der Hand; und weil du das hast, hast du außerordentlich starke Pflichten, und an diese Pflichten wird selten mit der Klarheit erinnert, von den Produktionskreisen selbst erinnert. Und deshalb sage ich, weil ich fühle und weiß mit meiner Vernunft und mit meinem Herzen, daß es dem Landvolk jetzt und zukünftig viel besser gehen wird als Millionen anderer Volksgenossen, daß ich zunächst zu sehen habe, wie kriege ich die anderen Millionen auch über den Abgrund hinüber. Und wenn das mit der Politik von der Seite gemacht werden sollte, so würden sie alle miteinander in den Abgrund hineinrollen und die Landwirtschaft würde zuletzt auch vor dem Nichts stehen. Es muß der Ausgleich gesucht werden, und dieser Ausgleich wird nicht gefunden, indem man stets erneut Rechnungen aufstellt, wie Herr Abg. Hollmann es getan hat. Denn Sie wissen wie ich, daß die Produktionskosten, worüber soviel geredet wird, ein Begriff ist, den man mathematisch nicht feststellen kann. Das Steckenpferd von dem teuren Thomasmehl wird noch sehr viel geritten werden in den nächsten Jahren. Ich kann Ihnen verraten, daß die deutsche Landwirtschaft, wenn wir alle Mittel anwenden, um die noch nicht erhobenen Rohphosphate zu heben, daß wir Ihnen nur 20 bis 25 % von dem früheren Quantum geben können. Das ist eine Tatsache, die wir erkennen müssen. Und soweit es möglich ist, wird das Thomasmehl durch andere Düngemittel ersetzt werden können. Aber ohne Thomasmehl geht es auf manchen Böden vielleicht nicht. M. H.! Ich wollte nur zum Ausdruck gebracht haben, daß meine Auffassung, die Herr Hollmann besonders kritisiert hat, vom Standpunkte der Regierung und von meinem persönlichen Standpunkte durchaus berechtigt ist. Wenn ich nicht vertreten wollte die Auffassung der breiten Masse des Volkes, die in Not gerät, in Not geraten muß, denn in wenig Jahren wird die Mehrheit des deutschen Volkes in Lumpen gehen. Soll man sich da noch auf den Standpunkt stellen: „Ich, der Besitzer, will noch mehr?“ Sie reiten uns ins Elend mit einer solchen Politik. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen: Wie lindern wir die Not? und dazu brauchen wir auch die Kräfte der Landwirtschaft. Wenn die sich dagegen sperren, das führt zum letzten Ende auch zum Unglück der Landwirtschaft.

Präsident: Herr Abg. Willenborg hat das Wort.

Abg. Willenborg: Ich hätte im großen ganzen nicht viel zu sagen. Es sind ja schon von verschiedenen Vordnern die Gründe klargelegt. Aber auf einen Punkt muß ich doch noch zurückkommen. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin gesagt, daß gerade in den südlichen Aemtern die Milchproduktion in den Monaten Dezember und Januar um so bedeutende Prozente zurückgegangen ist. Woran liegt denn das? Die Frage liegt doch so einfach klar auf der Hand, meine Herren. Wenn Sie bedenken, durch diese Futtermittel, die uns zur Verfügung stehen, daß die Kühe gar keinen Reservesfonds anammeln können, und das ist zweifellos der Fall, wenn die Kühe im Frühjahr abkalben. Und dann führt es dazu, ob der Besitzer das will oder nicht,

er kriegt sie nicht wieder soweit, daß er sie frisch belegen lassen kann. Ich meine, das müssen die Herren sich klar machen, und gerade darum, weil auch im Münsterlande die Futterverhältnisse besonders schlecht liegen, daß der Norden sich besser steht. Ich stehe voll und ganz auf dem Boden und bekämpfe den Schleichhandel, wie ich es immer getan habe. Aber, meine Herren, da möchte ich noch hervorheben: Wäre man gleich von Anfang an mit solcher Energie den betreffenden zu Leibe gegangen, die das eingeführt haben, sowohl den betreffenden, die das kaufen, wie denjenigen, die das gewerbsmäßig betrieben haben, dann wäre die Sache garnicht soweit gekommen. Aber warum man das nicht gemacht hat, das Urteil will ich anderen überlassen, das kann ich hier nicht sagen.

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. Heitmann: M. H.! Der Herr Abg. Hollmann wie auch Feigel wundern sich darüber, daß die Interpellation eingebracht worden ist. Ich glaube, die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten haben bewiesen, daß es eine Notwendigkeit war, daß man es erwartete, daß eine Aussprache herbeigeführt würde, nicht aus Nörgelsucht gegen die Landwirtschaft, sondern weil es notwendig war, eine Aussprache in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Eine ruhige und sachliche Ausführung über die Notwendigkeit etwaiger Erhöhungen der Preise kann nur beruhigend in der Bevölkerung wirken, deshalb ist es unverständlich, wie die Herren dazu kommen, hier die Frage aufzuwerfen über die Einbringung dieser Interpellation. Wir sind keineswegs gegen die gerechtfertigte Preiserhöhung, sondern wir wissen sehr wohl, daß, wenn alle Preise im Steigen begriffen sind, auch die Landwirtschaft davon ergriffen wird, und daß dann gewisse Preiserhöhungen, auch der landwirtschaftlichen Produkte, eine Notwendigkeit ist. Es fragt sich nur, in welchem Maße diese Preiserhöhungen vorzunehmen sind, ob nicht eine Ausnutzung der Konjunktur stattfindet, und das sind die Fragen, die aufgeworfen werden müssen. Man braucht ja nur zurückzugreifen auf die Agitationsmethoden, die seitens derjenigen Kreise beliebt werden, die fortgesetzt eine Erhöhung der Milch- und der Butterpreise fordern. Bei der letzten Auseinandersetzung über die Milchpreiserhöhung ist in landwirtschaftlichen Kreisen darauf Bezug genommen, und leider auch im Beirat der Landesfettstelle vom Vorsitzenden wiedergegeben, daß die Löhne der Arbeiterschaft um das 10fache gestiegen sind. Das ist eine Behauptung, die als eine Unwahrheit bezeichnet werden muß, denn von einer 10fachen Erhöhung der Arbeiterlöhne kann bis jetzt keine Rede sein. Es ist verständlich, wenn mit derartigen Mitteln in den Kreisen der Landwirtschaft gearbeitet wird, daß dann auch mit aller Entschiedenheit gegen derartige Agitationsmethoden angegangen werden muß. Bei allen Verhandlungen über die Milchpreiserhöhung ist immer von der Unrentabilität der Milchproduktion gesprochen worden. Wir haben demgegenüber darauf hingewiesen, daß man die Milchproduktion nicht für sich allein betrachten darf, sondern daß es notwendig ist, die Milchproduktion als Nebenbetrieb zu betrachten und dann die Frage des gesamten Ertrages der Landwirtschaft ins Auge zu fassen. Ganz selbstverständlich kann man die Kosten der Milchproduktion nicht ganz außer Acht lassen,

aber sie in den Vordergrund rücken und lediglich die Frage aufwerfen: „Ist die Milchproduktion rentabel?“, ist durchaus falsch. Wenn Herr Hollmann und Herr Feigel fragen, wieviel landwirtschaftliche Versammlungen sind abgehalten worden, in denen nur die Pflichten der Landwirtschaft in Erinnerung gebracht sind, so sage ich, ich habe davon nichts gelesen. Ich habe aber in sämtlichen Blättern gelesen von den Versammlungen, die von allen landwirtschaftlichen Kreisen abgehalten sind, vorwiegend mit dem Ruf: „Erhöhung der Milchpreise und Beseitigung der Zwangswirtschaft, selbst unter Zuhilfenahme der Sabotage!“ Wenn die Milchablieferung zurückgegangen ist, wie es ja nun leider Tatsache ist, so können wir nicht zustimmen, wenn gesagt wird, daß lediglich der erfrorene Rohl daran schuld sein soll; das ist ein Schlagwort, mit dem Sie nach außen hin arbeiten, aber es sind ganz andere Gründe vorherrschend, die den Rückgang der Milchablieferung verschulden, und wenn Sie da gewissenhaft untersuchen wollen, welche Ursachen da zugrunde liegen, dann glaube ich, hat der Herr Ministerpräsident durchaus das Richtige getroffen: es wird viel mehr verbuttert und im Schleichhandel verkauft, weil die Schleichhandelspreise eine enorme Höhe erreicht haben, daß ein Ausgleich durch die Erhöhung der Butterpreise nicht herbeigeführt werden kann. Herr Ministerpräsident hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Bodenpreise in das Fabelhafte gestiegen sind. Wäre wirklich die Notlage der Landwirtschaft vorhanden, von der Sie reden, dann könnten solche Steigerungen der Bodenpreise nicht stattfinden, denn nicht nur Kriegsgewinnler haben Grund und Boden gekauft, auch andere Leute, die sehr wohl rechnen können, und die ausgesagt haben, daß heute die landwirtschaftliche Produktion sicherlich die — rentabelste will ich nicht sagen, aber die befriedigendste ist, weil sie über alle die Nöte der Zeit am besten hinweghilft. Diese Tatsache können Sie auf keinen Fall bestreiten. Wir wollen mit unserer Interpellation keineswegs den Gegensatz zwischen Stadt und Land, der vorhanden ist, verschärfen, aber wir wollen der unberechtigten Preiserhöhung entgegenwirken, wie sie eintreten muß, wenn nach jeder Preiserhöhung sofort von neuem eine weitere Preiserhöhung seitens der Landwirtschaft gefordert wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Murken.

Abg. Murken: M. H.! Nur einige Worte. Die Frage, auf die es ausschließlich ankommt, ist ja die, ob die festgesetzten Erhöhungen der Milch- und Butterpreise gerechtfertigt sind. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß durch diese Festsetzung der höheren Milch- und Butterpreise Milch und Butter für den Konsumenten abermals erheblich verteuert werden, aber auch der Konsument hat ein Interesse daran, daß die Menge der produzierten Milch und Butter gesteigert wird, und das ist nur möglich, wenn der Produzent auf seine Rechnung kommt; und daß das namentlich bei kleineren Landwirten auf ärmerem Boden bei den bisherigen Preisen nicht der Fall war, können wir aus den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten entnehmen. Es geht daraus hervor, daß die Preise bei uns immer noch niedriger sind als in anderen Gebieten. Ich meine, daran haben wir alle ein Interesse, daß die Produktion gesteigert wird und es ist selbstverständliche Voraussetzung

hierfür, daß der Produzent mit einem angemessenen Gewinn arbeiten muß. Es liegt nun einmal im Menschen drin, daß er keine Arbeit ausführt, wenn er nicht Nutzen davon erwarten darf. Die Unregung des Herrn Feigel, einen Unterschied zu machen zwischen den Preisen im Norden und im Süden, leuchtet auch mir ein, und die Verschiedenheit der Produktionskosten ist, wie ich glaube, eine der Ursachen, weshalb im Süden mehr Butter im Schleichhandel verkauft wird als im Norden. Wenn der Produzent mit dem Milchpreis an sich nicht auf seine Kosten kommt, wird er versuchen, auf anderen Wegen, auch wenn sie ungesetzlich sind, einen Nutzen zu erzielen. Wir sind allzumal Sünder, im Süden und Norden, und die Produzenten ebenso wie die Konsumenten. M. H.! Der natürliche Gegensatz zwischen Produzent und Konsument ist leider durch die unglückliche Entwicklung der Verhältnisse während des Krieges außerordentlich verschärft worden. Ich meine, wir hier im Landtage können nichts Besseres tun, als dahin zu arbeiten, diesen Gegensatz auszugleichen, und ich weiß nicht, ob der Verlauf der heutigen Debatte von diesem Gesichtspunkte aus in allen Teilen besonders glücklich ist. Meiner Ansicht nach sollten die Herren, die auf die Produzenten einwirken, namentlich in der Richtung tätig sein, daß der Produzent sich mit einem möglichst niedrigen Nutzen begnügt und seine Produktion steigert, aber auch die Vertreter der Konsumenten müssen dafür eintreten, daß dem Produzenten der Preis bewilligt wird, bei dem er seinen entsprechenden Nutzen findet, denn sonst ist eine ge-
deihliche Förderung der Produktion nicht möglich.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hollmann.

Abg. **Hollmann:** Wenn meine ersten Ausführungen vielleicht dahin gedeutet sind, als wenn ich jetzt nicht dafür eintreten würde, daß jeder seine Schuldigkeit tut, so will ich hiermit nochmals erklären, daß ich selbstverständlich, nachdem die Preise festgesetzt sind, dafür eintreten werde. Ich wollte hervorheben, wie schwer es einem fällt, wenn einem in der Versammlung die Kunstdüngerpreise entgegengehalten werden, dieses zu widerlegen, und damit ist in der Zeit seit der letzten Milchpreisfestsetzung ein Wandel eingetreten, daß diese so sehr erhöht sind. Wenn Herr Heitmann sagt, ein Vertreter der Landwirtschaft hätte im Beirat der Landesfettstelle Unwahrheiten gesagt, daß die Löhne um das Zehnfache gestiegen seien. Nein, Herr Heitmann, das war ein Vertreter, der nicht Landwirt ist, ein Besitzer einer Privatmolkerei. Wenn Sie ferner sagen, ich hätte von einer Notlage gesprochen in der Landwirtschaft, nein von einer Notlage habe ich damit nicht gesprochen, wenn ich auf die großen Schwierigkeiten hinweise und auf die Teuerung. Wenn ich sagte, daß soviel weniger Milch angeliefert wird, so wollte ich damit dartun, daß die Leute, die heute nicht die Preise bekommen, die ihnen zukommen, sie den Betrieb vernachlässigen und weniger Milch produzieren. Das führt zu der Tatsache, wie es im Süden geschehen ist, daß manche Molkereien nicht mehr jeden Tag arbeiten, und das hat zur Folge, daß noch weniger Milch angeliefert wird. — So ist das das Ende vom Liede, es wird immer weniger Milch abgeliefert. Es ist besser, wenn die Milch etwas teurer ist und es ist etwas zu haben, als wenn die Milch billiger ist und es ist keine da.

Stenogr. Berichte. I. Landtag, 1. Versammlung.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Fröhle.

Abg. **Fröhle:** M. H.! Ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Heitmann. Meine Freunde haben das genügend klar gelegt und dem hätte ich nichts hinzuzufügen. Herr Heitmann hat eben gesagt, die Milchproduktion muß als ein gewisser Nebenbetrieb bezeichnet werden. Dem möchte ich entgegenreten. Sowohl, in gewissem Sinne kann man die Milchproduktion nebenher betreiben, aber von einem Nebenbetrieb zu sprechen, ist ausgeschlossen. Ich möchte einmal sehen, wenn ich Ihnen zumuten wollte, daß Sie einen Nebenbetrieb führen sollten, wobei Sie nicht auf Ihre Kosten kommen, da würden Sie sicher ablehnen. Andererseits sind hervorgehoben die teuren Kunstdüngerpreise und da muß man wirklich sagen, es ist ganz fürchterlich, wie die in die Höhe gehen. Andererseits ist gesagt worden, besonders wir im Süden wären in der Milchablieferung zurück. Das stimmt, aber man muß bedenken, daß man den Süden nicht mit dem Norden messen kann. Zwei Jahre haben unsere Wiesen und Weiden kein Thomasmehl bekommen. (Zuruf: Dann brauchen Sie doch keine Preiserhöhung, wenn Sie keinen Kunstdünger bekommen.) Aber davon kommt es doch, Herr Behrens, daß die Produktion zurückgeht. Das Heu wird schlecht, die Produktion geht zurück. Wenn das so weitergeht, geht die Produktion noch mehr zurück. Dann wurde von Herrn Heitmann gesagt, wir hätten in Versammlungen mehr aufklärend wirken sollen und hätten dafür sorgen sollen, daß wir unsere Freunde in dieser Weise eines Besseren belehrt hätten. Herr Heitmann, ich kann Ihnen sagen, in einer großen Anzahl von Versammlungen haben wir im Süden zu den Landwirten nicht nur von ihren Rechten, wir haben auch von ihren Pflichten gesprochen, immer wieder betont, daß sie ihre Pflicht tun sollten. Das können Sie, Herr Heitmann, wenn Sie die Zeitung zur Hand nehmen, leicht feststellen. Ich bin der letzte, der so wollte und in die Versammlungen ginge zu heßen. Daß die Produktion der Milch zurückgeht, das ist die Schuld der Verhältnisse. Ich will keinen Schleichhändler in Schutz nehmen, im Gegenteil, ich verurteile den Schleichhandel und wäre der letzte, der dem Schleichhändler die Stange halten wollte. Gewiß geht es der Landwirtschaft, wenigstens einem Teil derselben, heute nicht schlecht. Im allgemeinen muß man aber sagen, daß der Landwirt heute auch mit sehr viel Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wenn man gesagt hat, ich glaube, es war Herr Hollmann, es kämen im Münsterlande auf die Familie 2 $\frac{1}{2}$ bis 3 Kühe, dann muß man bedenken, daß es heute nicht leicht ist, gerade für die kleinen Leute, um durchzukommen. Der Herr Ministerpräsident sagte, der Landwirtschaft gehe es gut, der Landwirt könnte wohl mal eine Kuh totschlagen. Ja, wer 3 Kühe im Stalle hat, der kann so leicht keine totschlagen, das können wohl einzelne Großbesitzer. Ich gehe immer von dem Grundsatz aus, den Bismarck prägt: „Die Landwirtschaft ist der Träger des Fundaments des Staates“. Wenn die Landwirtschaft ruiniert ist, dann ist alles ruiniert.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schulz.

Abg. **Schulz:** M. H.! Wenn jemals etwas unglücklich verteidigt worden ist, dann ist das heute durch Herrn Abg.

Fröhle geschehen. Ich möchte hier eins erwähnen. Ich hatte im vorigen Jahre Gelegenheit, als Beiratsmitglied der Landesfettstelle zu fungieren, und wenn Herr Fröhle bestreitet, daß die Milchproduktion als Nebenbetrieb betrachtet wird von der Landwirtschaft, so möchte ich ihm die Worte entgegenhalten, die der Dekonomierat Müller fallen ließ: „Die Milchproduktion wird als notwendiges Uebel von der Landwirtschaft betrachtet!“ Das hat er betont in der Sitzung und das wird mir Herr Feigel bestätigen können. (Zuruf: Das ist eine Auffassung.) Ich sage selbst, das ist eine Auffassung, denn im allgemeinen trifft das nicht zu, aber der Herr ist doch auch Landwirt und hat betonen wollen, daß die Milchproduktion als notwendiges Uebel betrachtet wird. — Dann hat die Besprechung der Interpellation nur den Zweck gehabt, daß Klarheit geschaffen wird, daß auch die Verbraucher sich von der Notwendigkeit der höheren Preise usw. überzeugen, wenn es in ordnungsmäßiger Weise begründet wird. Ich kann Ihnen sagen, ich bin in einem Bezirk ansässig, der nur von einer Industriebevölkerung bewohnt wird, und daß meine Frau in der unglücklichen Lage ist, selbst eine Milchverkaufsstelle zu haben, wenn Sie da sehen würden, wenn die Leute meinen um $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch, so müßte sich mehr Verständnis geltend machen in der Landwirtschaft, das Elend mit Ihnen zu tragen. Versehen Sie sich hinein in diese Bezirke; und wieviel mehr ungünstiger ist das Leben in den größeren Bezirken, da ist das Elend noch größer. Wenn Herr Dannemann zurief, wir arbeiten in der Landwirtschaft auch ja, so muß ich ihm erwidern, die andern arbeiten auch, und sie möchten noch mehr arbeiten, wenn sie die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung hätten. Wenn irgend welche Unruhen sich zeigen, dann ist es darauf zurückzuführen, daß der Landwirt nicht das notwendige Verständnis hat. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, in den Berichten von Versammlungen, die gepflogen sind und geleitet worden sind von der Deutschen Volkspartei, aber auch vom Bund der Landwirte, zu studieren. Ich habe stets vermehrt, daß hingewiesen wurde auf die Ablieferungspflicht. Auf der einen Seite betont man, die Industriebevölkerung soll arbeiten und will arbeiten, aber auf der andern Seite betont man nicht die Ablieferungspflicht. Wenn das hier geschehen soll, so bin ich darüber erfreut, aber ich wünsche, daß das auch in den Versammlungen betont wird. Wenn Herr Feigel sagt, wir sollten doch auch dem Landwirt gönnen und ihm zukommen lassen, was ihm zukommt, so sind wir die letzten, die das bestreiten. Wir verlangen aber, daß die Ablieferung so wird, daß der Industriearbeiter auskommen kann. Die Begründung mit dem Kunstdünger, das ist das Gespenst, was vorausgeschickt wird. Die höheren Preise machen sich erst im nächsten Jahre geltend, und jetzt verlangen Sie schon einen Vorschuß. M. H.! Sie sind doch mit mir der Meinung, daß die Landwirtschaft heute sehr viel besser gestellt ist als vor dem Kriege. Sie hat sich der Schulden entledigt, und wie die Preise jetzt stehen, so kann man sagen, daß in 2- bis 3-jähriger Rente der Grund und Boden bezahlt ist. Wenn man verteidigt, daß die kleinen Landwirte nicht in der Lage sind, ihre Milchproduktion zu heben, dann sorgen Sie dafür, daß der Grund und Boden ihnen nicht so aufgesteigert wird, aber da wird das halbe Hektar in die Höhe getrieben

und nachher sind die Leute nicht in der Lage, die Milchproduktion zu heben. Wirken Sie dort auf die Großgrundbesitzer ein, daß sie insofern ihre Pflicht tun, daß sie den kleinen Landwirten etwas mehr Land zur Verfügung stellen. Im übrigen möchte ich sagen, daß mir die Hauptsache ist, wie Herr Ministerpräsident sagt, daß die Einstellung auf den ärmsten Boden gerechtfertigt erscheint. Aber man muß berücksichtigen, daß die Verbraucher kaum in der Lage sind, jemals den Preis bezahlen zu können. Heute steht es so, daß eine Lohnbewegung auf die andere folgen muß, nur weil alle Lebensbedürfnisse sich sprunghaft verteuern und der Arbeiter nicht in der Lage ist, sich überhaupt diese Sachen zuzulegen, daß er nicht einmal seinen bloßen Leib bedecken kann, daß es zum großen Teil selbst an der notwendigsten Bettwäsche fehlt; davon könnte ich Ihnen ein Lied singen, ich komme als Krankenkontrolleur hinein in diese Kreise. Mancher Bauernfrau würde die Augen aufgehen, wenn sie da hinein kommen würde. Der Landwirt würde mehr Verständnis haben für das Elend und würde dann nicht mehr kargen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Jordan.

Abg. Jordan: M. H.! Ich will nichts wiederholen, was schon gesagt worden ist, sondern ich will nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß immer darauf hingewiesen wird, daß die Preise für Artikel, die die Landwirtschaft gebraucht, insbesondere Kunstdünger, so außerordentlich hohe sind. Dabei wird in den Vordergrund gerückt, daß Milch und Butter damit verglichen und im Preise ausgeglichen werden müßten. Ich habe nicht gehört, daß Hafer den 20fachen Betrag erreicht hat, ich habe nicht gehört, daß sie ihre Anerkennung darüber ausgesprochen haben, daß man den Kartoffelpreis auf 25 *M* pro Zentner gesetzt hat, das ist der 10fache Betrag von früher. Das sind Preise, die den Ausgleich für Kunstdünger usw. herbeiführen sollen, sodaß man nicht sagen kann, das und das müssen wir aus Milch und Butter herauswirtschaften. Es ist geklagt, daß wegen Mangel an Kunstdünger die Produktion zurückgehen müsse. M. H.! Ich habe vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, von einem landwirtschaftlichen Sachverständigen zu hören, und zwar von einem solchen Herrn, den Herr Hollmann sehr schätzt und dessen Urteil er anerkennen würde, er sagt, daß das Amt Cloppenburg mindestens 2 bis 3 Jahre sich helfen könnte ohne Kunstdüngerzufuhr, es sei gut versorgt. Ich war sehr erfreut darüber, aber nicht erfreut, als der Herr Ministerpräsident feststellte, daß gerade Cloppenburg mit 40% in der Milchlieferung zurückgegangen sei. Das sind Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen. Dann ein Beispiel zu dem Steigen der Grundrente. In Delmenhorst, wo ein kleiner Landwirt, der nebenbei Maurer ist, eine Wiese gekauft hat pro Scheffelsaat 3050 *M*, für 2 Scheffelsaat also 6100 *M*. Das sind horrenden Preise. Früher zahlte man 300 *M* für den Scheffelsaat. Das ist der Erfolg der Preissteigerung, wie sie vor sich geht. Und wenn man eine solche Politik treiben will wie Herr Murken — er ist ja leider nicht da — der mit einer deutlichen Spitze nach dem Regierungstisch betont hat, laßt den Landwirt verdienen. Dieses kann man vielleicht sagen, wenn man an einer Stelle steht,

wo der Rubel rollt und dadurch verdient, aber von der Regierung verlangen wir etwas anderes. Wir müssen doch wissen, wohin die Reise geht. Wenn plötzlich Preissteigerungen vorgenommen werden auf Nahrungsmittel, die gebraucht werden in jedem Haushalt, dann muß von der Regierung eine andere Stellung verlangt werden, als die Herr Murken verlangt, die versöhnen, vergleichen und ausgleichen soll. Der Umstand, daß die Einfuhr unterbunden ist, darf nicht benutzt werden von einem Stande, diesen Umstand auf Kosten der Allgemeinheit auszunützen. Dazu war es notwendig, daß die Regierung eine klare Stellung einnahm. Hätte sie das nicht getan, hätten wir uns nicht damit zufrieden gegeben. Hätte sie gar eine gegenteilige Stellung eingenommen, hätte das den Erfolg gehabt unseren Widerspruch und äußersten Widerstand herauszufordern.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dannemann.

Abg. Dannemann: M. H.! Ich muß sagen, daß ich bedaure, daß soviel kostbare Zeit vergeudet wird. Ich bin der Meinung, wenn wir tatsächlich die Absicht haben, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu beseitigen, dann wäre es besser gewesen, eine solche Interpellation nicht einzubringen. Eine Verbesserung der Milchlieferung wird dadurch nicht herbeigeführt. Immer, wenn solche Fragen im Landtage verhandelt werden, dann muß ich mich über die große Sachkenntnis auf landwirtschaftlichem Gebiete wundern, mit der die Sozialdemokratie solche Fragen behandelt, so auch heute die Herren Jordan und Schulz. Herr Jordan sagt: Bedenken Sie doch, daß der Haferpreis um das 20fache gestiegen ist. Ich möchte glauben, Sie müßten doch wissen, daß wir oldenburger Landwirte keinen Hafer zu verkaufen haben, wir wollen noch gerne kaufen, wenn wir nur könnten. (Zuruf: Sever!) Das ist ein verschwindend kleiner Teil. M. H.! Wenn Herr Jordan den Haferpreis als Begründung anführen wollte, sollte er sagen, so liegt es im Severlande; das kann man doch nicht als Grund anführen für das ganze Land. Der Kartoffelpreis ist noch nicht zur Einführung gelangt und kann infolgedessen nicht herangezogen werden. Nachdem die Preise nun einmal festgesetzt sind, hätten wir uns damit beruhigen sollen und hätten besser getan, unsere Berufskollegen aufzufordern, ihre Pflicht zu tun. Wenn Herr Schulz sagt, daß er noch nicht von der Volkspartei gehört hätte, daß sie es für notwendig gehalten hätte, auf die Pflichten der Landwirte hinzuweisen, dann kann ich sagen, in den Versammlungen, die ich abgehalten habe, ist stets darauf hingewiesen worden. Es hat schon der Herr Ministerpräsident gesagt, daß die kleinen Landwirte es gewesen sind, die sich an den Protestversammlungen beteiligt haben, nicht die großen Besitzer. Ich meine auch, der Preis für die Milch schlägt bei dem Geestbauer nicht so sehr an, wir haben ein Interesse daran, daß angemessene Preise bezahlt werden für Brotgetreide und Kartoffeln; da kann doch der Geestbauer nicht auf seine Kosten kommen. Daher kommt es auch ja, daß der kleine Geestbauer sich sagt, ich werde gezwungen, mir auf andere Weise Verdienst zu verschaffen; denn er hat ja keine Viehzucht. Ich möchte meinen, man müßte alles versuchen die Milchproduktion zu steigern. Wenn ich frage in der Stadt, ist der Milchpreis zu hoch, dann wird gesagt: Hoch ist er ja, aber ich freue mich, daß ich nur noch

welche bekomme und ich möchte gern noch mehr haben. Der Konsument muß wissen, daß der Preis so hoch sein muß. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt auf die Ausführungen von Herrn Abg. Hollmann, daß ihm nicht das Recht zustehe, eine Partei im Landtage zu kritisieren. Ja, Herr Ministerpräsident, haben Sie denn das Recht, Herrn Abg. Hollmann zu kritisieren? Der Herr Ministerpräsident hat es sehr gut verstanden, die Interpellation zu beantworten, die ganze Debatte auf ein anderes Thema zu lenken. Dazu kamen ihm die Ausführungen des Herrn Hollmann gelegen und hat sie dann kritisiert in einer Weise, daß es mir doch zu weit ging. Er hatte keine Veranlassung dazu. Es ist sehr bedauerlich, daß das geschehen ist. Herr Hollmann hat weiter nichts getan, als gesagt, daß dieser Milchpreis an sich durchaus begründet sei. Er hat begründen wollen, weshalb die Preise gezahlt werden müssen, wenn man die ganzen Produktionskosten in Anrechnung bringen will. Herr Hollmann will keine höhere Milchpreise, und daher war die Kritik unangebracht. Ich bin der Meinung, wir könnten uns mit dem Preise begnügen, die Gegensätze möglichst zu beseitigen suchen und unsere Leute auffordern, ihre Schuldigkeit zu tun. Ich werde dazu in jeder Versammlung auffordern, muß aber auch erwarten, daß man das endlich auch in den Kreisen der Verbraucher einzieht.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Laiten: M. H.! Ich bin leider gezwungen, auch das Wort zu nehmen, nachdem Herr Dannemann es für richtig gefunden hat, meine Ausführungen, die ich Herrn Hollmann gegenüber gemacht habe, zu kritisieren und zu erklären, daß ich von den Ausführungen, die ich gemacht habe, von der ganzen Tendenz, kein einziges Wort zurücknehmen kann, daß ich alles unterstreiche, das alles für richtig halte und das alles vertreten werde, was ich gesagt habe. Ich bin mit dem einverstanden, was Herr Hollmann sagt, daß er sich wenden will gegen die Hezereien, daß er mit dem Preise zufrieden sein will und zur Ablieferung auffordern will. Aber der Satz, gegen den ich mich allein gewendet habe, war, daß er sagte „Wie sollen wir denn mit 75 Pfennig zufrieden sein können“. Das schlug den ersten Satz, den er in denselben Ausführungen machte, tot. Da die Herren erklärt haben, in der Sache selbst das tun zu wollen, wozu ich aufgefordert habe, kann die Sache als erledigt gelten. Ich muß mir aber ausbitten, daß meine Ausführungen, die ich rein sachlich gemacht, und nur gegen den einen Satz gemacht habe, nicht so ausgelegt werden, wie Herr Dannemann es getan hat.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Fröhle.

Abg. Fröhle: Nur ein paar Worte. Ich muß entschieden protestieren dagegen, daß Herr Schulz uns vorwirft, wir hätten kein Verständnis für die Not der Stadt. Dafür hat er keine Beweise erbracht. Genau so wie Herr Schulz empfinden wir die gemeinsame Not für alle. (Kraaz: Na, na.) Das können Sie mit einem Kopfschütteln nicht erledigen, Herr Kraaz, oder die Beweise dafür her. Ich wiederhole, daß wir nicht von den Rechten allein, sondern auch von den Pflichten der Landwirtschaft in den Versammlungen gesprochen haben. Wer keine Gebenweise erbringt, der muß mir das glauben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Heitmann.

Abg. Heitmann: M. H.! Herr Dannemann hat erklärt, daß unsere Interpellation nur den Zweck haben kann, die Gegensätze zu verschärfen. Ich glaube aber, meine Herren, wenn jemand im Hause zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Stadt und Land sein Möglichstes beiträgt, dann ist es gerade Herr Dannemann gewesen, durch den Zwischenruf, den er gemacht hat, „Wir arbeiten auch“, was geradezu eine Beleidigung für die gesamten übrigen Volksschichten sein muß. Wir haben diesen Zwischenruf des Herrn Dannemann nicht aufgegriffen, um ihn in unseren Ausführungen agitatorisch auszubeuten. Aber, nachdem Herr Dannemann, trotzdem er den Zwischenruf gemacht hat, sich erlaubt, zu sagen, daß wir die Gegensätze verschärfen wollen, ist es doch notwendig, auf diesen Ausspruch mit ein paar Worten einzugehen und das will ich damit getan haben, daß ich feststelle, daß derselbe eine Beleidigung aller übrigen Kreise in sich schließt. Herr Ministerpräsident hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß große Teile des Volkes nicht in der Lage sind, bei allem Arbeitseifer arbeiten zu können. Was hier und da einmal als Sabotage vorgekommen ist in Arbeiterkreisen, das ist von uns stets auf das allerentschiedenste mißbilligt. Im Landtage haben die Herren gegen die Agitation der Sabotage der Landwirtschaft gesprochen, aber hören Sie in landwirtschaftlichen Versammlungen, daß mit derselben Energie, mit welcher hier gegen derartige agrarische Forderungen und Agitationen gesprochen wird, hören Sie in landwirtschaftlichen Versammlungen, daß da das Gleiche geschieht? (Zuruf: Sie kommen ja nicht dahin!) Man braucht ja nur die Presse zu verfolgen, dann hat man vollständig den Beweis, in welcher Weise gearbeitet wird. Als in der Rudelsburg unter Führung von Personen der Landwirtschaftskammer in indirekter Weise zur Sabotage aufgefordert worden ist, wo waren denn da Herr Dannemann und Herr Hollmann? Wo war denn Herr Dannemann als landwirtschaftliche Kreise nach dem Ministerium zogen, um geradezu das Ministerium unter Androhung der Sabotage zu zwingen, für die Beseitigung der Zwangswirtschaft einzutreten? Wo waren Sie Herr Dannemann und Herr Hollmann? (Geht uns das was an?) Was geht uns das an! Das ist interessant. Herr Dannemann sagt also, laßt die landwirtschaftlichen Kreise hegen, wir reiben uns zu Hause hinter dem Ofen die Hände und freuen uns über diese gewissenlosen Agitatoren aus der Landwirtschaft, die aber natürlich auch nicht im Interesse der Landwirtschaft arbeiten, sondern auch gegen die Interessen der Landwirtschaft, zum Ruin des ganzen Volkes. Und dann wird noch gesagt: „Was geht uns das an“. Und der spricht von Verschärfung der Gegensätze, der alles tut um die Gegensätze zu verschärfen. Wenn das so weiter geht, wenn die Preissteigerung in dieser Weise vorwärts geht, dann ist es ausgeschlossen, daß die heute gezahlten Löhne und Gehälter überhaupt noch die Möglichkeit geben, dem Volke eine Existenz zu sichern. Dann müssen weite Volkskreise ganz naturgemäß in die bitterste Notlage hineinkommen und was die zeitigen wird, das kann sich jeder ausmalen, der auch nur einigermaßen denken kann. Auf der einen Seite sieht man dann die fortgesetzte Entschuldung der Landwirtschaft und auf der anderen Seite die

entsetzlich steigende Notlage des Volkes. Ich möchte die Regierung ersuchen, aus den Registern der Amtsgerichte einmal feststellen zu lassen, in welcher Weise die Entschuldung der Landwirtschaft vor sich gegangen ist, in welcher ganz erheblicher Weise die Abtragungen der Hypotheken vor sich gegangen sind. Die Zahlen geben dann den besten Beweis dafür, ob der fortgesetzte Schrei von der Notlage der Landwirtschaft gerechtfertigt ist oder nicht. Dann müßten wir freilich noch einen Schritt weiter gehen und das Bankgeheimnis beseitigen, um festzustellen, in welcher Weise auch die Bankkonten landwirtschaftlicher Kreise gestiegen sind. Ich gebe zu, daß die kleinen Landwirte unter den heutigen Verhältnissen sehr zu leiden haben, aber unbestritten ist, daß das Gros der Landwirte wohl über die Notlage der heutigen Zeit am besten hinweggekommen ist, und einen sehr guten Verdienst hat.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dannemann.

Abg. Dannemann: M. H.! Der Herr Abg. Heitmann hat ja einmal wieder recht scharf gesprochen. Herr Heitmann hat sich darüber aufgeregt, daß ich den Zwischenruf gemacht habe: „Wir arbeiten auch“. Ich habe den Zwischenruf gemacht, weil gesagt wurde, die Vermögensverhältnisse sind besser geworden. Das mußte ich damit begründen, daß die Landwirtschaft gearbeitet und sich nicht an den 8 Stundentag gehalten hat. Dann habe ich nicht die oldenburgischen Nichtlandwirte beleidigen wollen, sondern habe an die Kreise gedacht, die gestreift haben in dem Augenblick, wo es uns an Kunstdünger fehlte. Keineswegs habe ich jemanden im oldenburgischen Lande beleidigen wollen, ich weiß, im oldenburgischen Lande ist gearbeitet worden. Ich habe zum Ausdruck bringen wollen, daß dadurch, daß die Landwirte von morgens früh bis abends spät gearbeitet haben, die bessere Lage der Landwirtschaft hervorgerufen ist. Herr Heitmann, Sie haben gesagt, daß man immer von der Notlage der Landwirtschaft spreche. Ich habe mit keinem Worte von der Notlage gesprochen und ich spreche auch jetzt nicht davon. Sie hatten kein Recht, meine Ausführungen so zu kritisieren. Dann sagte Herr Heitmann: „Wo waren die Herren Dannemann und Hollmann in dem Augenblick, wo die Versammlung in der Rudelsburg abgehalten wurde“. Was geht mich das an. Glauben Sie, ich gehe zu jeder Versammlung? Ich habe sie gemieden, weil es sich darum handelte, gegen die Zwangswirtschaft zu protestieren. Von einer Drohung gegen das Ministerium ist mir nichts bekannt. Wie kann ich denn teilnehmen, wenn ich nichts davon weiß. Ich weiß nicht, wie Sie solche Ausführungen machen können, und ich begreife nicht, wie man mit solchen Mitteln arbeiten kann. Ich meine, meine Ausführungen haben gezeigt, daß ich die feste Absicht habe, nun alles aufzubieten, die Landwirte aufzufordern, auch ihre Pflicht zu tun, um die Gegensätze zu vermeiden. Wenn hier gesagt wurde, daß die Gegensätze verschärft wurden, dann kommt es durch die Interpellation. Glauben Sie, daß der Landwirt sich das auf die Dauer gefallen läßt? Trotzdem ihm der Preis mit Recht zusteht, bemüht man sich von der anderen Seite, daß der Preis ermäßigt werden soll. Das ruft Verärgerung hervor und den Schaden haben die Verbraucher. Wenn man dauernd gegen den Landwirt so angeht,

wird er sich schließlich sagen: „Ich tue meine Pflicht nicht mehr“. Von meiner Seite aus kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir alles tun werden, damit die Landwirte ihre Pflicht erfüllen. Herr Heitmann sagt dann: „In den landwirtschaftlichen Versammlungen schlägt man einen anderen Ton an“. Das mag sein, und wenn es geschieht, haben Sie die Schuld mit. Aber für mich kommen in Frage die gesetzlichen Vertretungen, das ist in erster Linie die Landwirtschaftskammer. Noch bei der vorletzten Landwirtschaftskammer Sitzung wurde mit Nachdruck erklärt, daß jeder Landwirt im gegenwärtigen Augenblick unbedingt seine Pflicht tun müsse, und das ist maßgebend, nicht das, was im Lande zufällig in einer Versammlung gesagt wird. Ich bedaure, daß mit solchen Mitteln gearbeitet wird, aber ausschlaggebend sind doch die führenden Leute, die in den landwirtschaftlichen Körperschaften sind.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Behrens.

Abg. Behrens: M. H.! Ich will die kostbare Zeit auch nicht lange in Anspruch nehmen. Ich will nur konstatieren, daß Herr Dannemann gesagt hat, auf dem Lande werde von morgens früh bis abends spät gearbeitet, und daher komme die bessere Vermögenslage. Wir haben nicht den 8. Stundentag, sagt er. Die Abtragung der Schulden und der Anwachs des Vermögens ist nicht erst seit November 1918 erfolgt, seitdem der 8. Stundentag existiert, sondern die Steigerung ist während der Kriegsjahre vor sich gegangen, und das ist geschehen, wie der Landwirt im Felde war. Es sind einige landwirtschaftlichen Stellen, die über 30 000 M abgetragen haben, wo der Mann im Felde war. (Zuruf: „Auch andere Berufe.“) Nein, bei dem Arbeiter nicht. Es wurde gesagt, ich wolle die Gegensätze verschärfen. Aber ich möchte sagen, die Agitation, die der oldenburgische Landbund betreibt, und die Herr Dannemann in dem oldenburgischen Landbesitzerverein betreibt, die ist nicht dazu angetan, die Gegensätze zu beseitigen, die ist angetan, das Gegenteil zu erreichen von dem, was Herr Dannemann hier will.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt (Bochhornerfeld).

Abg. Schmidt: M. H.! Die Aussprache ist eine sehr rege gewesen. Man braucht dem nichts mehr hinzuzufügen. Ich möchte aber erklären, daß die Interpellation jedenfalls ihren Zweck besser erreichen würde, wenn wir uns folgendem anschließen. Ich nehme nicht an, daß Herr Heitmann geglaubt hat, daß der Milchpreis heruntergesetzt wird. Die Arbeiterschaft erwartet das ebensowenig, aber was die Arbeiterschaft und die Kreise der Verbraucher erwarten, ist, daß mehr Milch und Butter geliefert wird, und um dieses zu erreichen, möchte ich vorschlagen, daß wir auf das Land hinausgehen und der Landbevölkerung zeigen durch Lichtbildervorträge usw. die Kindersterblichkeit, die Tuberkulosegefahr in den Großstädten usw. Ich glaube, dann wird manche Frau zu einer besseren Erkenntnis kommen. Diesem Elend gegenüber wird sicher weniger Butter gefahrt und mehr abgeliefert, nur muß man die Not in den Städten auch der Landbevölkerung drastisch vor Augen führen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dannemann.

Abg. Dannemann: M. H.! Der Herr Abg. Beh-

rens hat gesagt, daß ich im Landbunde anders spräche, als im Landtage. Ich kann Herrn Behrens verraten, daß ich nur einfaches Mitglied des Landbundes bin und nicht dem Vorstande angehöre. Herr Kraak ist im Vorstande und wird das wohl bestätigen. Wenn Herr Behrens darauf hinweist, daß der Landbund erreichen will, den Landtag aufzulösen, dann kann ich bestätigen, daß ich jede Bewegung, die darauf hinzielt, unterstützen werde.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Raschke.

Abg. Raschke: M. H.! Herr Heitmann hat Veranlassung genommen, den landwirtschaftlichen Kreisen vorzuwerfen, daß sie besonders gehetzt hätten, um dadurch zu erreichen, daß weniger abgeliefert wird. Ich möchte Herrn Heitmann bitten, derartige Anklagen doch unter allen Umständen zu unterlassen, denn Ihre Fraktion ist nicht berufen, in dieser Beziehung gegen eine übermäßige Heze irgendwelche Anklagen erheben zu können, dafür sind Sie selbst durch Ihre ganze Vergangenheit zu schwer belastet. Ich erinnere, daß 1903 Herr Bebel auf dem Parteitag in Lübeck die Parole herausgegeben hat: „Wir müssen nicht nur die Aufklärung, sondern auch die Aufregung, ja, ich scheue mich nicht, es zu sagen, die Aufregung unter die Massen tragen“. Das ist proklamiert worden. Man soll sich der eigenen Taten auch einmal erinnern. Dann hat Herr Behrens vorhin gesagt, daß nur die Landwirtschaft verdient hätte in der vergangenen Kriegszeit und ihre Schulden abzahlte. Herr Abg. Behrens, gerade Herr Hug hat in Rüstingen in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß es auch Arbeiter gibt, die 13 000 M zurückgelegt haben, daß auch die Sparkassenbücher zugenommen haben. (Zuruf: „Unmöglich.“) Das hat Herr Hug zugegeben. (Zuruf: Unwahr.) Dann bin ich der Ansicht, die ganze Besprechung der Interpellation bringt uns kein Pfund Butter und keinen Liter Milch mehr auf den Markt. Ich bin der Ansicht, daß die starken Worte von der Regierung hätten vermieden werden müssen. Wenn gesagt wird, wir tun nichts zur Aufklärung, so kann ich sagen, ich habe das immer getan, noch kürzlich in Wildeshausen. Wir tun unser Möglichstes, um zur restlosen Ablieferung der Milch aufzufordern. Mit starken Worten kommt die Regierung nicht zum Ziele.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Murken zur Geschäftsordnung.

Abg. Murken: M. H.! Ich habe den Eindruck, als wenn das Thema jetzt mit der nötigen Ausführlichkeit behandelt ist, und daß wir in Gefahr sind, etwas abzuschwenken. Ich möchte daher Schluß der Debatte beantragen.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat um das Wort gebeten. Ich bin der Ansicht, daß er es trotz des Antrages des Abg. Murken haben muß. Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tanzen: Herr Raschke veranlaßt mich, nochmals das Wort zu nehmen. Er ist der letzte, der berufen ist, irgend einem andern im Saale und noch viel weniger einem Herrn vom Regierungstisch zu erklären, was er zu sagen für richtig hält und was richtig gewesen wäre. (Sehr gut!) Wenn irgend ein Auftreten auffällig ist, so

ist es sein Auftreten hier im Saale. Ich scheue mich nicht, das offen zu sagen. Wenn Sie glauben, es besser zu wissen, als vom Regierungstisch gesprochen wird, so hätten Sie das Bessere vortragen sollen. Ich halte das, was ich gesagt habe, für richtig, und zwar aus dem Grunde, weil bei dem Erzeuger ein Teil der Schuld liegt und ich auf diese Schuld habe hinweisen wollen. Wenn ich das nicht tue, dann habe ich wenig dazu beigetragen, die Lage zu verbessern. Sodann möchte ich darauf hinweisen, daß ich veranlaßt habe bei dem kommandierenden General, die Verordnung Nr. 4 herauszugeben. Die Verordnung wird mir die Handhabe geben, das zu tun, was Sie mir raten, nämlich diejenigen zu fassen, die einerlei, in Wort oder Schrift, aufreizend wirken in dem Sinne, wie das hier besprochen ist, daß sie hübsch zur Ablieferung mit Worten auffordern, aus denen man heraus hören kann, was beabsichtigt ist. Was gesagt ist vom Regierungstisch, wird für richtig gehalten, das möchte ich nochmals wiederholen.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Herr Abg. Jordan hat sich noch zum Wort gemeldet. Wir stimmen ohne Erörterung ab. Ich bitte die Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. — Geschicht. — Das ist die Mehrheit. — Das Wort hat Herr Abg. Jordan zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. **Jordan:** Nachdem der Herr Ministerpräsident das, was Herr Abg. Raschke allgemein gesagt hat, genügend würdigte, brauche ich nur auf das persönlich einzugehen, was er gegen die Fraktion erhoben hat, der auch ich angehöre. Ich kann das tun, indem ich feststelle, daß er, wie bisher, immer daneben haut. Er bringt, was für die gegenwärtige Zeit nicht paßt. So hat er Redewendungen des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Bebel aus dem Jahre 1903, gelegentlich der Debatte über den Zolltarif, hierher gebracht. Was das mit Milch und Butter zu tun hat, weiß ich nicht.

Präsident: Die Besprechung über die Interpellation ist beschlossen. Es folgt der nächste Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation des Abg. Jordan.

Sie lautet:

Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft zu geben, wie weit die Vorarbeiten gemäß Beschluß des Landtages vom 10. Oktober 1919 zur Anlage 4, betreffend Aufbarmachung der staatlichen Torfmoore, vorgeschritten und welche Maßnahmen bereits getroffen sind oder in nahe Aussicht stehen.

Das Wort hat Herr Abg. Jordan zur Begründung der Interpellation.

Abg. **Jordan:** M. H.! Wie zur Behebung des Kohlenmangels der Brenntorf wichtig ist, ist nicht minder wichtig die Ueberführung der abgetorsten Moorfläche in Weiden und Ackerland, um nach der Richtung hin die landwirtschaftliche Produktion zu heben. Es ist deshalb notwendig, über diese Frage einmal von der Regierung etwas zu hören, zumal wir bereits im Oktober eine Summe von 10000 M zu Vorarbeiten in dieser Frage — Ausnutzung der Torfmoore — zur Verfügung gestellt haben. Ich will

jetzt hinzufügen, daß mir heute bekannt geworden ist, daß uns demnächst eine Gesetzesvorlage beschäftigen wird über Gründung einer Moorgeellschaft. Wäre dies früher bekannt geworden, so wäre die Interpellation nicht gekommen, weil der Landtag sich dann ohnehin damit zu beschäftigen gehabt hätte. Nachdem aber längere Zeit oder Monate nichts an die Deffentlichkeit kam, auch die Presse sich der Sache bemächtigte durch mehr oder minder zutreffende oder nicht zutreffende Ausführungen, und dadurch eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervortrat, hielt ich es für richtig, durch eine Interpellation der Regierung Gelegenheit zu geben, vor dem Lande zu erklären, in welcher Weise abgeholfen werden soll. Ich hoffe, daß die Erklärung mit Rücksicht darauf, daß uns die Vorlage noch beschäftigen wird bei der in Aussicht stehenden Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, nicht so lange Zeit in Anspruch nehmen braucht, wie die Interpellation über die Milch- und Butterpreise, sondern daß die Erklärung der Regierung eine so zufriedenstellende ist, daß wir bald diesen Gegenstand verlassen und vielleicht auf Einzelheiten eingehen bei der einzubringenden Gesetzesvorlage.

Präsident: Ich habe die Staatsregierung zu fragen, ob und wann die Interpellation beantwortet werden soll. (Sofort!) Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tanzen:** M. H.! Ich hoffe auch, daß nach meinen Ausführungen kaum nötig sein wird, in eine Besprechung einzutreten. Ich will nicht auf den Mangel an Brennstoff, wie er heute besteht, und wie ihm nicht abgeholfen werden kann, durch irgendwelche, vom Staate zu treffende Einrichtungen, eingehen. Ich kann nur sagen, es sind in letzter Zeit Maßnahmen getroffen und Verträge abgeschlossen worden, die erhoffen lassen, daß wir auch über die nächsten Monate hinüberkommen, daß die Brennstoffnot nicht zu einer Katastrophe wird, daß wir auch da, wo es im allgemeinen außerordentlich knapp ist, hoffen, in nächster Zeit soviel Brennstoff hinbringen zu können, wie erforderlich ist. Bald nach meinem Eintritt in die Regierung habe ich Veranlassung genommen, daß die Einweisungsbedingungen, die die Landeskulturverwaltung hatte, geändert wurden. Es werden jetzt überhaupt keine Kolonate mehr als Eigentum eingewiesen unter den früheren Bedingungen, die beim Verkauf nur eine Konventionalstrafe vorsahen, sondern es wird gewartet mit der Einweisung, bis das Siedlungsgesetz Annahme gefunden hat. Und wir wollen dann bei sämtlichen Kolonaten das Wiederkaufsrecht einführen. Diese Bestimmung, daß man bei Konventionalstrafe sich den freien Besitz kaufen konnte, hat dazu geführt, daß manche Moorkolonisten diese 2—4000 M Konventionalstrafe bezahlt haben und dann die hineingesteckte Arbeit zusammen mit der Strafe nicht ausreichte, um zu verhindern, daß die Kolonate verkauft wurden. Das aber gab mir Veranlassung, zu prüfen, ob wir überhaupt unsere staatlichen Hochmoore noch als Kolonate aufteilen sollen. Und da bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß wir diese staatlichen Hochmoore nicht mehr für Landeskulturzwecke, sondern für andere Zwecke werden ausbeuten müssen. Das hat dazu geführt, daß eine Anzahl Kolonisten unzufrieden war, die schon auf diese, neben ihren Kolonaten liegenden Flächen rechneten. Aber das Interesse dieser Kolonisten muß zurücktreten gegenüber dem Gesamt-

interesse, daß großwirtschaftliche Betriebe einzurichten sind, um Brennstoff zu gewinnen. Zunächst habe ich einen Teil der 10 000 *M.*, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt sind, benützt, um sachverständige Gutachten hierüber einzuziehen. Dies hat ergeben, daß die 4 staatlichen Hochmoore, die wir haben, das Findlandsmoor, das Lengener Moor, Südbewechter Moor und Schwaneburger Moor sich alle ausgezeichnet eignen für großwirtschaftliche Ausbeutung. Ich habe mir dann überlegt, wie diese großwirtschaftliche Ausbeutung auszufehen hätte, ob es ein Staatsbetrieb oder ein privatwirtschaftlicher Betrieb sein müsse, und bin zu dem Ergebnisse gekommen, daß ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb das Richtige sei. Dann habe ich Verhandlungen geführt mit einer Anzahl Oldenburger Industrieller und Vertretern des Handels. Diese Verhandlungen haben das Ergebnis gezeigt, daß sich voraussichtlich in der nächsten Woche eine Gesellschaft bilden wird, die zwei Moore, das Edewechter Moor und das Schwaneburger Moor, zusammen 800 ha, auszubeuten beabsichtigt. Dazu ist erforderlich ein Grundkapital der zu gründenden Aktiengesellschaft, in der der Staat $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ der Aktien übernimmt, sich auch sonst seine Rechte auf den Brennstoff und andere Dinge gesichert hat. Die Gesellschaft umfaßt zusammen 800 ha Moor und wird ein Aktienkapital von etwa 6—8 Millionen Mark haben. Es scheint mir sicher zu sein, daß in der nächsten Woche diese Gesellschaft zustande kommt. Damit sind dann zwei dieser großen Hochmoorflächen eröffnet für den großwirtschaftlichen Betrieb, und die Vorbereitungen, daß in diesem Sommer noch damit begonnen werden kann, sind auch bereits getroffen. Wir können dem Landtag darüber nicht eher Mitteilung machen, als wir die Verträge geschlossen haben. Der Staat tritt in zwei Figuren auf. Einmal macht er einen Vertrag mit der Aktiengesellschaft und in diesem Vertrag sind die Interessen der Gesamtbevölkerung zu sichern. Und sie sind gesichert. Dazu tritt der Staat in der Weise auf, daß der Brennstoff dem Staate zum Selbstkostenpreise geliefert werden muß. Und mit dieser Brennstoffmasse hoffe ich den Marktpreis beeinflussen zu können, wenigstens so, daß eine solche Not wie bis jetzt nicht wieder eintreten kann, immer in der Voraussetzung, daß dieser großwirtschaftliche Betrieb sich entwickeln wird zu dem, was wir hoffen. Die zweite Figur, in der der Staat auftritt, ist der Aktionär innerhalb der Gesellschaft. Das Ganze bekommen Sie vorgelegt in dem Augenblick, wenn die Gesellschaft gegründet ist. Sie werden also spätestens in 14 Tagen diese Vorlage bekommen und haben dann zu entscheiden, ob der Vertrag, den der Staat abzuschließen gedenkt, im Interesse der Gesamtheit liegend ist. Sie werden dann ja oder nein zu sagen haben und das Geld zu bewilligen haben, was der Staat in diese Gesellschaft als größter Aktionär einbringt. Ueber ein anderes Moor werden wir einen ähnlichen Vertrag voraussichtlich abschließen können mit einem Privatkapitalisten, der aber auf dem Gebiete der Moorausbeutung das bisher beste geleistet hat. Dieser Vertrag wird dem Landtag nicht zuzugehen brauchen, weil diese Moorflächen ja der Landes- kulturverwaltung unterstehen. Aber auch in diesem Vertrage ist in derselben Weise wie in dem ersten — und das möchte ich besonders betonen — das Interesse der Gesamtbevölkerung dadurch gesichert, daß wir einen großen Teil des auf diesem

Moor von dem Privatkapital, von einem Unternehmer hergestelltem Torf für den Staat in die Hand bekommen zum Selbstkostenpreis. Ich glaube, wenn der Staat selbst ins Moor hineingehen wollte und nun allein die Gesellschaften gründen wollte, sie vom Landtag solche Beschlüsse fassen wollten, daß das sehr unzweckmäßig wäre. Denn die ganze Moorindustrie ist noch zu wenig geklärt. Man kann bei irgend einer alten Industrie sagen, man will sie verstaatlichen. Heute wird man bei all diesen Dingen sich besonders erst unterrichten, ob die Grundlage für die Verstaatlichung vorhanden ist. Der Staat hat nicht die Kräfte zur Verfügung, die dazu nötig sind, und man würde wahrscheinlich bald aufs Trockene geraten, wenn das auch in dem nassen Moor außerordentlich schwierig ist. (Heiterkeit.)

Also die Sache ist in Bewegung gebracht. Es ist der Staatsregierung gelungen, sie soweit zu bringen, daß noch in diesem Jahre mit dem Betriebe begonnen werden kann. Ein großes Moor ist noch frei. Es haben sich nun Gemeinden und Gemeindeverbände interessiert für die großwirtschaftliche Ausbeutung der Moore, und es ist noch zu prüfen, — weil es erst in der letzten Zeit dieses Jahres hervorgetreten ist, konnte diese Prüfung noch nicht erfolgen —, ob der Staat noch eine Gesellschaft gründen soll mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammen. Das würde kein Staatsbetrieb sein, es könnte Aktiengesellschaft sein und die Gemeinden und Gemeindeverbände könnten sich beteiligen. Selbstverständlich würde das ganze Risiko auf der gesamten Bevölkerung ruhen. Nur das eine Mal müßten sie als Gemeindebürger und zum anderen Mal als Staatsbürger die Mittel aufbringen. Es muß also diese Frage noch geprüft werden. Es soll an die Gemeindeverbände wahrscheinlich herangeraten werden, ob sie glauben, daß, nachdem der Staat in den anderen gemischtwirtschaftlichen Betrieben Torf in die Hand bekommt, auch ihrerseits sie noch ein Unternehmen begründen wollen. In den gemischtwirtschaftlichen Betrieben können die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht in dem Maße, wie sie wünschen, beteiligt werden, weil ja die Privatindustrie natürlich jedes Interesse verloren hat, wenn der Staat und einige Kommunalverbände die Mehrheit der Aktien in der Hand haben. Dann würden sie ja nur die Geldgeber sein, und weiter wären sie bedeutungslos. Der Staat könnte alles allein entscheiden. Das geht nicht. Weil wir da die Gemeinden und Gemeindeverbände abweisen müßten, beteiligt zu werden, soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ob sie die Moore selbständig ausbeuten wollen. Ich glaube nicht, daß sie zu einer bejahenden Antwort kommen. Aber um jeden Vorwurf zu vermeiden, daß die Gemeinden ausgeschaltet sind, soll das geschehen.

Einzelheiten will ich nicht näher besprechen, nur sagen, daß bei vollem Betrieb auf diesen 800 ha Moor zwischen 10 und 12 000 Waggon à 10 t Brenntorf gewonnen werden können, daß aber nicht darauf zu rechnen ist, daß in diesem Kalenderjahr wesentliche Mengen Torf noch gewonnen werden. Die Aufstellung der Maschinen, die Legung der Gleise, der Anschluß an eine Ueberlandzentrale läßt sich nicht so schnell bewerkstelligen. Wer also glaubt, daß mit Annahme dieser Vorlage schon für dies Jahr aus den Staatsmooren wesentliche Mengen Brennstoff gehoben werden, irrt sich. Aber einmal müssen wir anfangen. Für das nächste und über-

nächste Jahr ist zu hoffen, daß für den Brennstoffmarkt erhebliche Mengen gehoben werden.

Nun noch eins, was vielleicht zur Aufklärung wichtig ist, wenn Sie in der Presse etwas darüber lesen oder darüber sprechen hören. Es soll ein Reichstorfgesetz geschaffen werden, dies Reichstorfgesetz wird bearbeitet im Reichswirtschaftsministerium. Nun bin ich ja recht häufig in der Lage, mit den Anordnungen und Anschauungen des Reichswirtschaftsministeriums nicht übereinzustimmen. Ich habe deshalb auch in Bremen und in Berlin stets diese Meinung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Auch in dieser Beziehung glaube ich, ist das Reichswirtschaftsministerium nicht auf dem richtigen Weg. Ein Reichstorfgesetz, Reichstorbewirtschaftung — stellen Sie sich das einmal vor — führt ganz sicher zu einem Zusammenbruch. Wir sind in Oldenburg, wo wir jeden Torferzeuger, jedes Moor, unsere ganzen Verhältnisse genau kennen, vor ungeheure Schwierigkeiten schon geraten, als wir den Torf bewirtschaften wollten. Von Berlin aus Torf bewirtschaften zu wollen, ist nach meiner Auffassung ein Ding der Unmöglichkeit. Nun will man aber diese Torfbewirtschaftung mal nach etwas modernem System aufrichten. Und da liegt auch eine große Gefahr. Man will Wirtschaftsverbände gründen, sich an die staatlichen Grenzen nicht kehren, also — was für uns in Betracht kommt — einen nordwestdeutschen Verband und andere Verbände bilden. In diesem Verband sollen die Torferzeuger und Torfhändler die Spitze bilden, und zwar die alleinige Spitze, die die Behörden anweisen sollen, was die gefälligst zu tun haben. Daß ich dagegen die allerschwersten Bedenken habe und gesagt habe, wenn die Regierungen der Länder sich nach dieser Spitze, die von Erzeugern und Händlern gebildet wird, richten sollen, dann glaube ich, m. H., sind wir wesentlich schlechter daran, als wenn wir in Oldenburg unsere eigene Produktionspolitik machen können. Diese meine Anschauung habe ich zum Ausdruck gebracht und erreicht, daß mit den süddeutschen Staaten zusammen zunächst die Sache umgeworfen ist, aber für Neubearbeitung an das Reichswirtschaftsministerium zurückgegeben wurde. Wie nun die neue Bearbeitung aussieht, weiß ich nicht. Ich hoffe, daß das Reichswirtschaftsministerium lange auf sich warten läßt, damit wir im nächsten Jahre in die Torfwirtschaft hineinkommen, ohne daß wir mit einem Reichstorfgesetz in dieser Weise, wie es ursprünglich beabsichtigt war, beglückt werden.

Präsident: Das Wort wird nicht verlangt? Dann ist der Gegenstand erledigt.

Es folgt der 14. Gegenstand der Tagesordnung, eine

Interpellation des Abg. Heitmann wegen der Verkaufspreise für Schuhwaren.

Die Interpellation lautet:

Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft darüber zu erteilen, welche besonderen Gestehungskosten die gegenwärtigen Verkaufspreise für Schuhwaren rechtfertigen? Welche Maßnahmen glaubt die Regierung bei der Reichsregierung unterstützen zu können, um erschwingliche Preise für Schuhwaren zu erreichen?

Das Wort zur Begründung der Interpellation hat Herr Abg. Heitmann.

Abg. Heitmann: Gleich wie die Preise für Textilwaren geradezu fabelhaft gestiegen sind, ist seit Aufhebung der Zwangswirtschaft auch eine Preissteigerung für Felle und damit für Schuhwaren eingetreten, die unhaltbar ist. Um nur einige Beispiele anzuführen, werden gegenwärtig Herrenstiefel zu einem Ladenpreis von 200 *M* verkauft. Die neuen Preisforderungen, die heute von den Fabrikanten gemacht werden, stellen nach den von mir eingezogenen Informationen für die Zukunft Preise dar von 375 bis 475 *M* für Herren- und Damenstiefel. Für ein Kilo Kernleder werden heute 160 *M* gefordert. In welcher Weise seit Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise sich geändert haben, gestatten Sie mir an ein paar Beispielen zu zeigen. Nach einer Feststellung betrug der Preis für ein Pfund rohe Rindschale unter der Zwangswirtschaft 1,60 *M*. Am 1. Januar d. J. betrug der Preis 18 bis 20,50 *M*. Für ein Pfund gesalzenes Kalbsfell betrug der Preis unter der Zwangswirtschaft 2,50 *M*, am 1. Januar 33 bis 66 *M*. Für eine rohe Rauhaut betrug der Preis unter der Zwangswirtschaft 40,50 *M*, am 1. Januar 625 *M*. Wenn die Preise in dieser Weise gestiegen sind, ist es erklärlich, daß dann auch die Preise für Schuhwaren eine Entwicklung zeitigen, wie ich sie an den paar Beispielen gezeigt habe. Daß solche Preise dann vom Volke gar nicht zu ertragen sind, versteht sich schließlich von selbst. Die Reichsregierung hat nun in neuerer Zeit eine neue Lederwertungs-gesellschaft gebildet, die durch die Kommunalverbände Schuhe verteilen lassen soll. Ebenso ist eine Zentralregelung der Häute- und Lederwirtschaft herbeigeführt worden. Ob diese Maßnahmen nun irgendwie genügen, um auf die unhaltbare Preisbildung einzuwirken, das mag dahingestellt sein. Es wäre unter diesen Umständen gewiß von besonderem Interesse, zu erfahren, welche Schritte die Regierung bei der Reichsregierung zu tun vermag, um auf eine Verbilligung der Schuhpreise hinzuwirken.

Präsident: Herr Staatsminister Meyer hat das Wort.

Staatsminister Meyer: M. H.! Auch die Regierung hält die fortgesetzte Steigerung der Schuhpreise, der Leder- und der Häutepreise für besorgniserregend. Sie hat deshalb schon vor Einbringung der Interpellation geprüft, ob nicht irgendwelche Maßnahmen getroffen und welche Wege beschritten werden können, die ermöglichen, zunächst dem weiteren Steigen Einhalt zu tun und weiter eine Ermäßigung der Häute-, Leder- und Schuhpreise herbeizuführen. Der Vertreter der oldenburgischen Regierung im Reichsrat, Herr Staatsminister Scheer, ist deshalb beauftragt worden, bei der Reichsregierung Schritte einzuleiten nach dieser Richtung. Er hat mitgeteilt, daß am 16. Februar eine Konferenz vom Reichswirtschaftsminister Schmidt nach Berlin einberufen war, an der teilgenommen haben Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Häute- und Lederwarenindustrie, Vertreter der Schuhfabriken, der Schuhmacher und der Konsumentenverbände, Vertreter der Landwirtschaft und Bauernvereine, und daß in dieser Konferenz ganz besonders die Frage ventiliert wurde, ob nicht die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für

Häute, Leder und Schuhwaren durchgesetzt werden soll. Ganz merkwürdigerweise haben sich nicht ausschließlich die Vertreter aus den Kreisen der Verbraucher und Konsumenten für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft erklärt, sondern umgekehrt für die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung haben sich nur erklärt die Bevollmächtigten des bairischen Städtetages und einige Konsumentenvertreter. Die Vertreter der Arbeitnehmer aus der Schuhwarenindustrie und auch der die Häute weiterverarbeitenden haben sich gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft erklärt. Und zwar ist diese Haltung von den Teilnehmern aus der Arbeitnehmerschaft der Schuhfabriken damit begründet worden, daß, nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, die Beschäftigung in den Fabriken um 30 Prozent zugenommen hat; und daß alle in der Lederwaren- und Häutefabrikation tätigen Arbeiter restlos wieder in Beschäftigung genommen werden konnten. Es ist dann weiter die Frage erörtert worden, ob es nicht möglich ist, daß die in Deutschland verarbeiteten Häute allein für die Schuhwarenfabrikation zur Verwendung kommen und nicht ein Verbot erlassen werden könnte, daß nicht andere Lederwaren und insbesondere Luxuswaren daraus angefertigt werden. Die Entscheidung ist nicht so gefallen, wie das vielleicht hier und da als wünschenswert bezeichnet werden konnte, weil mit den eignen Häuten, die Deutschland zur Verfügung hat, nicht genügend Schuhwaren angefertigt werden können. Bei der Zwangswirtschaft während des Krieges ging gewiß ein erheblicher Teil der aus den Häuten angefertigten Lederwaren an das Heer und es verblieb nur ein geringer Teil für den Verbrauch der heimatischen Bevölkerung. Aber auch wenn jetzt restlos alles für die Bevölkerung zum Verbrauch verarbeitet werden sollte, würde sich ergeben, daß derselbe Zustand wieder eintreten würde, wie er während des Krieges war, daß man wohl seine Bezugscheine erhalten würde, aber darum noch längst keine Schuhe bekommen könnte. Das hat dazu bestimmt, daß man nicht nur Schuhwaren aus den zu Leder verarbeiteten Häuten anfertigt, um die deutsche Bevölkerung damit zu beliefern, sondern daß man auch Luxuslederwaren anfertigt, die an das Ausland abgegeben werden, um auch vom Ausland die notwendigen Häute noch hereinzubekommen. Das Ausland liefert die Häute aber nur dann, wenn wir dafür Fertigware an das Ausland abgeben, und das sind Lederwaren und auch zum Teil Luxuslederwaren. Was von Deutschland ausgeführt ist im vorigen Jahre an solchen Waren, waren Werte im Betrag von 130 Millionen Mark, eingeführt an Häuten vom Auslande sind für 100 Mill. Mark. Es ist in dieser Konferenz dann weiter die Frage geprüft, ob nicht trotz alledem die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung vorgeschlagen werden sollte. Wie ich schon einleitend sagte, ist von der Mehrheit der Konferenz unter Zustimmung der Arbeitnehmervertreter aus den Fabriken dieser Antrag abgelehnt worden, und haben wir uns jetzt wohl oder übel mit dem sehr unbefriedigenden Zustand abzufinden. Es kommt dann weiter hinzu, daß der Reichswirtschaftsminister auch seinerseits es für unmöglich hält, nachdem nun die Zwangsbewirtschaftung für einen längeren Zeitraum aufgehoben ist, diese jetzt wieder zur Einführung zu bringen. Er ist vielmehr der Meinung, es müßte alles

getan werden, um zu versuchen, daß Gebrauchsschuhe für die arbeitende Bevölkerung zu einem erschwinglichen Preise angefertigt würden. Der Herr Interpellant hat schon selbst auf eine Maßnahme hingewiesen, die auch ich zur Kenntnis bringen wollte, daß Feststellungen gemacht worden sind darüber, in welchem Umfang die Lederfabriken Konjunkturgewinne erzielt haben und auch der Häutehandel ganz erhebliche Gewinne gemacht hat. Die Feststellung hat ergeben, daß ungefähr 280 bis 300 Millionen Mark Konjunkturgewinne bereits im vorigen Jahre gemacht worden sind. Man hat deshalb den Entschluß gefaßt, einen Gesetzesentwurf an die Nationalversammlung gelangen zu lassen, welcher der Reichsregierung die Handhabe gibt, die Konjunkturgewinne erfassen zu können. Diese sollen eingezogen werden und Verwendung finden für Zuschußleistungen, welche von den Kommunalverbänden an Minderbemittelte gezahlt werden, um diese in die Lage zu versetzen, billiger als bisher Gebrauchsschuhe erhalten zu können. Das wird ganz gewiß eine nicht ganz leichte Sache sein, weil die Summe für das gesamte deutsche Reich nicht eine solche Bedeutung hat, daß sehr wesentlich eine Ermäßigung eintreten oder die Höhe der Zuschüsse nennenswert sein kann, da die Zahl der Minderbemittelten sehr groß ist. Aber nichtsdestoweniger glaubt die Konferenz und auch der Reichswirtschaftsminister, daß dies ein Mittel sein könnte, um wenigstens dem Teil der deutschen Bevölkerung, der am allerwenigsten in der Lage ist, die jetzt so hohen Preise für Schuhe bezahlen zu können, damit zu helfen.

Die Interpellation müßte eigentlich zergliedert werden. Der Herr Interpellant fragt zunächst:

Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft darüber zu erteilen, welche besonderen Gestehungskosten die gegenwärtigen Verkaufspreise für Schuhwaren rechtfertigen?

Einen Teil davon habe ich bereits beantwortet, wenn ich auch nicht verhehlen will, daß die Regierung Zweifel hegt, ob die Maßnahme, die geplant ist vom Reichswirtschaftsministerium, tatsächlich zu dem führen wird, was beabsichtigt ist. Aber andererseits muß ich hervorheben, daß der Einfluß der oldenburgischen Regierung auf die Zwangsbewirtschaftung und die Preisgestaltung der Lederwaren ein sehr minimaler ist. Soweit es aber in unserer Möglichkeit lag, haben wir versucht, für Oldenburg die Lederpreise auf einer geringeren Höhe zu erhalten, als wir sie im übrigen Deutschland haben. Und zwar hat die Landesfleischstelle angeordnet, daß die Häute von den Tieren, die in Oldenburg geschlachtet werden, gesammelt und in die Gerberei gegeben wurden, um sie dann, nachdem sie aus der Gerberei herauskamen, an die Kommunalverbände wieder zurückzugeben. Leider haben sich nicht von Anfang an alle Kommunalverbände daran beteiligt. Einige Kommunalverbände haben es abgelehnt und ihre Häute für sich selbst verbraucht beziehungsweise verkauft. Erst in den allerletzten Tagen hat uns ein Zeitungsbericht Kenntnis gegeben von einer Maßnahme, die zu Verhandlungen Anlaß geben wird, weil die Mitglieder des Stadtrats der größten Stadt unseres Landes den Magistrat angeklagt haben, daß er die Häute zu billig verkauft und die damalige Konjunktur nicht ausgenutzt hätte, um eine halbe bis eine Million mehr Gewinn

daraus zu erzielen. Man kann daraus ersehen, daß die heutige Zeit doch in manchen Dingen zu großen Irrtümern führen kann. Die richtige Maßnahme wäre m. E. gewesen, wenn die Stadtvertretung der betreffenden Stadt den Magistrat dahin bestimmt hätte, die Häute ebenfalls der Landesfleischstelle zu übergeben, das fertige Leder wieder zurückzufordern und zu ermäßigten Preisen an die Bevölkerung abzugeben. (Sehr richtig!) Es ist mir von der Landesfleischstelle eine Aufstellung gegeben, zu welchem Preise sie das Leder abgeben konnte, und da ist erfreulicherweise festzustellen, daß die Maßnahme einen ganz erheblich günstigen Einfluß gehabt hat, indem das Pfund Leder zu 33 *M* abgegeben werden konnte, welches im Laden aber sonst 50 bis 60 *M* kostet. Die Händler aus der weiteren Umgebung, die früher Oldenburg versorgt haben mit Leder, haben mehr oder weniger die Landesfleischstelle angegriffen, weil ihnen das Geschäft entzogen worden ist, indem jetzt unsere Weiterverarbeiter im Lande das Leder billiger von der Landesfleischstelle erhalten können als wenn sie es von ihren früheren Lieferanten beziehen. Nun muß aber eins dabei besonders betont werden. Das ist das, daß heute das uns zum eignen Verbrauch verbleibende Leder nicht hinreicht, um für die gesamte Bevölkerung soviel liefern zu können, daß jeder seinen Bedarf decken kann, sodaß wir darauf angewiesen sind, auch von außerhalb Leder zu beziehen.

Dann ist die zweite Frage die:

Welche Maßnahmen die Regierung bei der Reichsregierung zu unterstützen gedenkt, um erschwingliche Preise für Schuhwaren zu erreichen?

Darauf kann ich erwidern, daß der Vertreter Oldenburgs im Reichsrat angewiesen ist, alle nur erdenklichen Maßnahmen zu unterstützen, die herbeiführen können, daß zunächst eine Stabilität in den Preisen für Schuhleder eintritt. Andererseits, soweit wir in Oldenburg selbst dazu in der Lage waren, haben wir alles getan, was möglich war, um eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen. Wir haben Aufstellungen machen lassen von den Schuhmachereinnungen Oldenburgs und uns eine Nachweisung bringen lassen, wie teuer die Herstellungskosten der Schuhwaren sind. Ich bin einigermaßen überrascht gewesen, wie ich Einsicht genommen habe in diese Aufstellungen, aus denen hervorzugehen scheint, daß tatsächlich das, was die Handwerksmeister an Aufwendungen zahlen müssen, um Schuhwaren fertigzustellen, so hoch ist, daß, wenn sie den für sie in Ansatz gebrachten Verdienst von 30 Prozent hinzunehmen, die Kosten für ein Paar Arbeiterstiefel 346,50 *M* und für Bogalfschnürstiefel sogar 405 *M* betragen. Es ist dabei genau angegeben, welche Preise für Leder gezahlt sind, welche Preise gezahlt sind für Futter, Schnüre, Schäfte machen, welche Löhne gezahlt sind und was für Leisten, Zuschneiden, Kleinmaterial usw. berechnet ist. Dies ergab für Löhne und die Kosten für Materialien in dem einen Fall 350 *M*, dazu 30 Prozent Aufschlag als Verdienst von 90 *M*, zusammen 405 *M*; in dem anderen Fall 266,50 *M*, dazu als Verdienst 30 Prozent Aufschlag mit 80 *M*, zusammen 346,50 *M*. Wir waren nicht in der Lage, nachprüfen zu können, ob die Aufstellungen auch das billigere Leder, was hier zu haben ist, in Ansatz gebracht

haben. Wir nehmen an, daß ein Durchschnittspreis mitgeteilt worden ist, daß die Angaben durchaus den Tatsachen und der Wahrheit entsprechen und für einen billigeren Preis die Schuhe, soweit sie in handwerksmäßigen Betrieben angefertigt werden, nicht abgegeben werden können. Soweit sie in Fabriken angefertigt werden, darf angenommen werden, daß der Herstellungspreis ein billigerer ist. Aber trotzdem wird nicht damit zu rechnen sein, daß die Preise niedriger sind, weil die Nachfrage gerade bei den wenigen in Betrieb gebliebenen Fabriken sehr groß ist. Es ist bei den Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, daß die meisten Fabriken geschlossen sind. Und wahrscheinlich werden die Waren aus den in Betrieb gebliebenen Fabriken zu ihrem größten Teil ausgeführt, um wieder Häute hereinzubekommen. Soweit also Maßnahmen seitens der oldenburgischen Regierung getroffen werden konnten, sind diese ergriffen worden. Und wir hoffen, daß es möglich sein wird, auf dem Wege der eignen Weiterverarbeitung der Häute vielleicht noch günstigere Resultate zu erzielen. Es müssen sich aber die bis jetzt noch abseits gestandenen Kommunalverbände ebenfalls daran beteiligen, um sodann wenigstens für uns etwas günstigere Preisverhältnisse herbeiführen zu können, als wir sie heute haben.

Präsident: Das Wort wird nicht verlangt? Dann ist der Gegenstand erledigt.

Es folgt eine

Interpellation des Abg. Feigel

mit folgendem Wortlaut:

Am Realprogymnasium in Cloppenburg hat wegen Kohlenmangel der Unterricht vom 7. Januar bis zum 4. Februar ausgesetzt werden müssen. Ist der Staatsregierung diese Tatsache bekannt? Welche Mittel gedenkt dieselbe anzuwenden, um einer Wiederkehr solcher Vorkommnisse für die Zukunft vorzubeugen?

Das Wort zur Begründung der Interpellation hat Herr Abg. Feigel.

Abg. Feigel: M. H.! Nur wenige Worte zur Begründung meiner Interpellation habe ich zu sprechen. Die Tatsachen sprechen für sich selbst. Am Realprogymnasium in Cloppenburg mußte nach Schluß der Weihnachtsferien am 7. Januar der Unterricht weiter hinausgesetzt werden und konnte nicht wieder aufgenommen werden, weil der Kohlenvorrat erschöpft war und es dem Bemühen der Direktion nicht gelingen wollte, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen. Die Bemühungen wurden fortgesetzt, lange Zeit ohne Erfolg, bis es endlich Anfang Februar gelang, auf Umwegen einen Waggon Kohlen zu bekommen und dem Uebelstand abzuhelfen, so zwar, daß am 4. Februar das zweite Winterquartal eröffnet werden konnte. Also, meine Herren! Vier lange Wochen mußten 185 Schüler der Segnungen des Unterrichts entbehren! Die ganze Zeit war die Lehrerschaft von 12 Köpfen verurteilt, sich dem in diesem Falle nichts weniger als süßen Nichtstun hinzugeben. M. H.! Welche geistigen Werte blieben da unausgenutzt, und welche große geistige Schädigung der Jugend ist die Folge davon! Man kann es verstehen, m. H., und ich persönlich billige

es vollkommen, daß die Schulverwaltung das größte Gewicht darauf legt, mit jeder Stunde und jeder Minute zu fargen, jede Stunde auszunutzen, um der Jugend dasjenige Maß von Wissen beizubringen, was sie notwendig hat, um heute durch die Welt zu kommen. Man kann es aber auch verstehen, m. H., daß die Eltern der Kinder je länger je aufgeregter wurden, als sie machtlos zusehen mußten, wie durch eine lange Zeit der Unterricht nicht wieder eröffnet wurde und die Kinder nicht nur nichts lernten, sondern nur noch verlernten. Nun sollen inzwischen die Verhältnisse sich geändert haben. Es soll gelungen sein, Kohlen und die Sicherung zu bekommen, daß für das zweite Winterquartal die nötigen Kohlen vorhanden sind. Und da könnte man vielleicht die Meinung vertreten, daß ich mir meine Interpellation hätte sparen können, denn an dem Geschehen sei doch nichts zu ändern und alles sei jetzt im Lot. Ich habe aber dennoch geglaubt interpellieren zu sollen, weil ich sage: Wer gibt mir die Gewähr dafür, daß solche Zustände nicht im nächsten Winter sich wiederholen? Und da möchte ich an das Ministerium für Kirchen und Schulen das dringende Ersuchen richten, doch alle Mittel und Wege anzuwenden und zu beschreiten, welche geeignet sind, einer Wiederkehr derartig schädigender Vorkommnisse vorzubeugen. Es muß die Gewähr gegeben werden, daß die Anstalten mit den nötigen Brennstoffen versorgt sind. Und sollten dann tatsächlich demnächst die Zustände derartig sein, daß wir diese Gewähr nicht haben, dann bin ich der Meinung, das Ministerium muß rechtzeitig Vorsorge treffen, vielleicht eine Aenderung der Ferien in der Weise herbeiführen, daß der Schwerpunkt des Unterrichts in die heizfreie Zeit fällt, um der Wiederkehr solcher Uebelstände einen Niegel vorzuschieben.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tauhen: Der Herr Kultusminister wird gleich kommen. Inzwischen kann ich zu der Sache einige kurze Ausführungen machen. Wir haben die Heizfrage der Schulen wiederholt gemeinschaftlich besprochen. Es ist leider nicht möglich gewesen, überall die nötigen Heizmittel herbeizuschaffen. Das Ministerium ist durchaus erfreut, daß auch von Herrn Abg. Feigel — wie von uns auch nicht anders angenommen wurde — ein sehr starkes Interesse bekundet wird, daß in der Schule jede Minute ausgenutzt werden soll. Im Gymnasium in Oldenburg lagen die Verhältnisse ähnlich. Wir konnten uns mit Torf zunächst behelfen bis zu dem Zeitpunkt, wo wieder Kohlen herangeschafft werden konnten. Im allgemeinen sind für die Schulen vielfach Torflieferungen erfolgt vor der Belieferung der übrigen Bevölkerung. Aber alle Schulen haben hier und da darunter leiden müssen, daß der Unterricht unterbrochen wurde. Wenn das aber geschieht, m. H., so bin ich der Meinung, muß in anderer Weise verfahren werden als bisher. Die Lehrer gehen sicher gegen ihren Willen beschäftigungslos spazieren. (Sehr richtig!) Und dies „süße Nichtstun“ möchte ich nicht als süß unterstreichen, es muß bitter sein in der heutigen Zeit. Die Schüler sind auch ohne Erziehung den Eltern vielfach zur Last. Das muß geändert werden. Das kann geändert werden, trotzdem Heizmaterial fehlt, indem die Lehrer angehalten werden, sich

um die Schüler zu kümmern, mit ihnen Ausflüge zu machen, zu turnen und sich körperlich zu betätigen, sodaß sie auch ohne Heizung nicht frieren. Das erzieht durchaus, und das läßt sich, wenn es nicht gar zu stark friert, überall da durchführen, wo Turnhallen sind. Und bei einigem Wetter soll man hinausgehen in den Wald und dort mit den Schülern die Vorgänge in der Natur besprechen. Ich hoffe, daß ein Mittel gefunden wird, um das durchzuführen, damit in den Schulen in dieser kalten Zeit nicht die Lehrer beschäftigungslos und die Schüler ohne Erziehung sind. Der Herr Kultusminister wird vielleicht noch das Nähere ausführen können.

Präsident: Herr Staatsminister Graepel hat das Wort.

Staatsminister Graepel: Wir sind durchaus davon durchdrungen, daß die Klage, die Herr Abg. Feigel erhoben hat, auf einem bedauerlichen Mißstand beruht. Und es ist alles geschehen, um die Schule zu veranlassen, daß sie sich rechtzeitig unter Anwendung aller zulässigen Mittel in den Besitz von Feuerungsmaterial setzen. Wenn das nun nicht gelingt, so tritt allerdings die Folge ein, daß bedeutende Störungen des Unterrichts stattfinden. Und es liegt der Gedanke wohl nahe, das wieder auszugleichen dadurch, daß die Ferien entsprechend gekürzt werden. Das wird auch geschehen können im einzelnen Falle. Besonders auch ist es sehr zu erwägen in dem Falle, der den Ausgangspunkt der Interpellation bildet, dem Cloppenburg Fall. Da wäre es möglich, daß an den Osterferien eine Kürzung eintritt. Dagegen wird es wohl nicht möglich sein, die Ferienordnung daraufhin zu ändern, denn die Umstände für die Unterbrechung des Unterrichts treten doch hoffentlich in Zukunft überhaupt weniger ein und soweit sie eintreten, in ganz ungleichem Maße. Und die Ferien sind doch so bemessen, daß dem sachlichen Bedürfnis am besten Rechnung getragen wird. Wenn man z. B. daran denken wollte, die Hauptferien vom Sommer in den Winter zu verlegen, so würde dem entgegenstehen, daß zweifellos das Erholungsbedürfnis im Sommer besonders groß ist und die Umstände günstig sind, dagegen eine längere Schulunterbrechung im Winterhalbjahr, also vor dem Abschluß des Jahres, für die betreffende Klasse oder für die Schule höchst unbequem sein würde. Aus diesem Grunde ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß eine durchgreifende und allgemeine Berücksichtigung der Interpellation wohl kaum möglich sein wird.

Präsident: Herr Staatsminister Meyer hat das Wort.

Staatsminister Meyer: M. H.! Ich möchte die Ausführungen des Herrn Staatsministers Graepel noch in einem Punkte ergänzen, und zwar dahin, daß die Maßnahmen des Amtes Cloppenburg in Bezug auf die Kohlenbelieferung nicht immer ordnungsmäßig vor sich gegangen sind. Wir haben vom Amt Cloppenburg wiederholt Anträge erhalten, daß eine bessere Kohlenbelieferung einsetzen möge, um die Schulen und sonstigen öffentlichen Gebäude mit genügendem Brennstoff versorgen zu können. Darauf konnten wir nur antworten, daß reihenweise die Bezugsscheine nach hier abgegeben werden und daß auf Grund dieser

Bezugscheine die einzelnen Kommunalverbände gleichmäßig beliefert worden sind. Cloppenburg hatte bei den Vorstellungen, die bei uns erhoben wurden, genau soviel auf seine Bezugscheine erhalten wie andere Kommunalverbände. Nichtsdestoweniger hat sich aber Cloppenburg noch direkt an den Herrn Reichskohlenkommissar in Berlin gewandt und dort dieselben Vorstellungen erhoben wie hier. Der Reichskohlenkommissar hat dann seine Antwort an das Ministerium gerichtet und uns gebeten, diese Antwort an das Amt Cloppenburg weiterzugeben. Er schreibt:

„Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß meine Zuteilungen an Reichshausbrandbezugscheinen der Reihen I bis IV sich in den Monaten Mai bis Oktober d. J. jeweilig niemals auch nur annähernd erschöpft haben. Sie erhielten durch Reichshausbrandbezugscheine der Reihen I bis V eine Bezugsmöglichkeit von 2880 Tonnen, es sind Ihnen darauf bis Ende Oktober 964 Tonnen gleich 33% zugerollt. Ihre Bitte um Erhöhung der Zahl der monatlichen Reichshausbrandbezugscheine ist somit nicht verständlich; ich würde in einer solchen Maßnahme auch nicht das richtige Mittel sehen, die Not an Brennstoffen im Amt Cloppenburg zu heben, es würde hierdurch nur der Papiervorrat an Bezugscheinen um ein Weiteres vergrößert. Bereits in meinem Schreiben vom 13./10. habe ich dargelegt, in welcher Weise ich meine Unterstützung für den Amtsbezirk Cloppenburg zu leihen gewillt bin. Wenn Sie mir die in der Belieferung rückständigen Reichshausbrandbezugscheine der Reihen I bis IV nach Reihe und Nummer, Empfänger, Station, Brennstoffart und Herkunft, Verw.-Zweck, sowie Lieferant namhaft machen, werde ich sehen, inwieweit eine beschleunigte Erledigung derselben geboten erscheint und möglich ist.

Bei der Gegenüberstellung der jetzigen monatlichen Zuteilung an Reichshausbrandbezugscheinen der Amtsbezirke Wechta und Cloppenburg haben Sie nicht beachtet, daß der Ihnen für die Monate Mai, Juni und Juli bewilligte landwirtschaftliche Vorschub eine verhältnismäßig größere ist, als für den Amtsbezirk Wechta.“

Also Cloppenburg hatte bereits mehr Brennstoff erhalten als der Amtsbezirk Wechta. Deshalb mußte ich die Interpellation als unbegründet bezeichnen.

Aber auch aus einem andern Grunde glaubte ich, die Ausführungen des Herrn Staatsministers Graepel noch ergänzen zu sollen.

Den Versorgungsbezirken werden auf Grund ihrer seinerzeit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin gemachten Angaben von diesem reihenweise Reichshausbrandbezugscheine überwiesen. Das Amt Cloppenburg ist beim Reichskohlenkommissar wiederholt um Zuweisung einer größeren Anzahl Bezugscheine vorstellig geworden. U. a. ist ein diesbezügliches Ersuchen des Amtes vom 11. November 1919 durch das Ministerium der sozialen Fürsorge mit einer dringenden Befürwortung nach Berlin weitergegeben worden. Wie der Landeskohlenstelle erst am 14. Januar 1920 — nachdem sie erneut um eine ausreichendere Versorgung Cloppenburgs in Berlin vorstellig geworden war — bekannt wurde, ist eine Mehrzuweisung von Bezugscheinen vom Reichskohlenkommissar abgelehnt worden mit der Begründung, daß nach den ihm vorliegen-

den statistischen Angaben des Amtes Cloppenburg noch eine ganze Anzahl von Bezugscheinen der bis dahin fälligen Reihen I bis IV rückständig und es daher zwecklos sei, vor Erledigung dieser Scheine weitere Bezugscheine herauszugeben. Der Reichskohlenkommissar hat das Amt Cloppenburg jedoch gleichzeitig um Aufgabe der noch unbelieferten Bezugscheinnummern der Reihen I bis IV ersucht, und sein Einsehen für eine bevorzugte Belieferung derselben in Aussicht gestellt. Ob diesem Ersuchen seitens des Amtes entsprochen worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Landeskohlenstelle hat das Amt Cloppenburg nochmals um Aufgabe der unbelieferten Bezugscheine der Reihen I bis IV ersucht und alsdann ein Schreiben der Ortskohlenstelle Cloppenburg vom 21. Januar 1920 erhalten. Nach diesem Schreiben sollten nur noch drei Waggon Anthrazitkohlen und ein Waggon Union-Briketts rückständig sein, welche Sorten jedoch für die Zentralheizung des Gymnasiums überhaupt nicht in Frage kommen.

Das Amt Cloppenburg ist unter Berücksichtigung der herrschenden Kohlennot in keiner Weise schlechter beliefert worden als die übrigen Kommunalverbände des Oldenburger Landes. Die Brennstoffnot ist jetzt derartig groß, daß eine Zuweisung weiterer Bezugscheine — d. h. außer der Reihe — vom Reichskohlenkommissar auch für andere Versorgungsbezirke strikte abgelehnt worden ist. Bei einer geschickt durchgeführten Verteilung hätte es auch dem Amt Cloppenburg — wie der Reichskohlenkommissar ebenfalls zum Ausdruck bringt — möglich sein müssen, mit den eingegangenen Brennstoffmengen wenigstens die dringendsten Bedürfnisse des Versorgungsbezirks zu befriedigen. Unter allen Umständen hat das Amt darauf Bedacht zu nehmen, daß in erster Linie die Krankenhäuser und auch die Unterrichtsanstalten die benötigten Feuerungsmittel erhalten.

Dem Amt Cloppenburg bzw. der Ortskohlenstelle kann nur immer wieder nahe gelegt werden, streng darauf zu achten, daß über jede ausgegebene Bezugscheinreihe eine ordnungsmäßige Liste geführt wird. In diese Liste ist die Nummer jedes einzelnen Bezugscheines einzutragen und daneben der Name und Wohnort des Empfängers sowie der Lieferant und die in Frage kommende Brennstoffsorte zu vermerken. An Hand dieses Verzeichnisses und auf Grund der täglichen Meldungen der Stationen über die eingehenden Brennstoffsendungen kann das Amt bzw. die Ortskohlenstelle jederzeit feststellen, welche Scheine noch unbeliefert sind. Bei unzureichender Belieferung ist es dann ein Leichtes, der Landeskohlenstelle die rückständigen Bezugscheinnummern aufzugeben, damit diese sich sofort für eine beschleunigte Erledigung einsetzen kann. Wie die Erfahrungen gelehrt haben, bietet das Eingreifen der Landeskohlenstelle weit mehr Erfolg, als wenn sich die Kommunalverbände unmittelbar mit dem Reichskohlenkommissar bzw. den Lieferanten in Verbindung setzen.

Präsident: Das Wort wird nicht verlangt? Dann ist damit die Interpellation erledigt.

Es folgt der 15. Gegenstand der gestrigen Tagesordnung:

Zwei Berichte des Ausschusses über die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Landtag.



Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle dem vorgelegten Entwurf einer Geschäftsordnung seine Zustimmung erteilen.

Ich nehme an, m. H., daß ich die einzelnen Paragraphen nicht verlesen soll, sondern nur die Nummern nennen soll, weil ich voraussetze, daß die Herren sich die Geschäftsordnung angesehen haben und dort, wo sie etwa Änderungen wünschen, sich das gemerkt haben. Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag, zur Ziffer 1, zum § 1 und zur Vorlage im ganzen. Herr Abg. Murken hat zunächst das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Murken:** M. H.! Die ganze Debatte wegen der Geschäftsordnung ist ja vielleicht in keiner Weise eilig. Ich halte für wahrscheinlich, daß wir doch auch hierüber wieder zu einer vielleicht vielseitigen Erörterung kommen, und möchte deshalb vorschlagen, ob es nicht richtig wäre, die ganze Materie von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf eine der nächsten Tagesordnungen zu stellen, damit wir die anderen Gegenstände erledigen können.

Präsident: M. H.! Der Landtag hat darüber zu beschließen. Sie haben den Vorschlag des Herrn Abg. Murken gehört, diesen Gegenstand einstweilen von der Tagesordnung abzusetzen. Wird das Wort dazu gewünscht? Es ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Das ist die Mehrheit. Der Gegenstand ist also vorläufig abgesetzt.

Es folgt dann der 1. Gegenstand des Tagesordnung für heute. Es ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Kollegiums des evangelischen Neuenburger Seminars um Steuerungszulage.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 2. Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutkapitalienklasse des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1920 nebst Nebenanlage über das Rechnungsergebnis für 1918 im einzelnen und über den Vermögensbestand.

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Der Landtag wolle die §§ 1—6 annehmen und genehmigen, daß als Einnahmen der Staatsgutkapitalienklasse für das Jahr 1920 2 085 783 M eingestellt werden.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrag 1 und zum § 1, §§ 2—6. Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die den Antrag 1 des Ausschusses, wie ich ihn

verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der Antrag 2 lautet:

Der Landtag wolle die §§ 1—23 annehmen und genehmigen, daß als Ausgaben der Staatsgutkapitalienklasse für das Jahr 1920 421 025 M eingestellt werden.

Antrag 3 lautet:

Der Landtag wolle der Anmerkung seine Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesen Anträgen und zum § 1 der Ausgaben, §§ 2—23. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die die Anträge 2 und 3, wie ich sie verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Beide Anträge sind angenommen. Es folgt noch ein Antrag 4 des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Nebenanlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag, schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 3. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für den Landesteil Oldenburg für 1918, nebst Anlage. (Anlage 40.)

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Der Landtag wolle zu § 9 2960,29 M und zu § 16 468 403,01 M nachbewilligen.

Und den Antrag 2:

Der Landtag wolle die Anlage 40 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen, schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die beide Anträge, wie ich sie verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 4. Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Jahr 1920. (Anlage 36.)

Der Antrag 1 des Ausschusses lautet:

Annahme der §§ 1—7 der Einnahmen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu den §§ 1—7 der Einnahmen. Das Wort wird nicht verlangt? Es folgt der Antrag 2:

Annahme der §§ 1—16 der Ausgaben.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu den §§ 1—16 der Ausgaben. Das Wort wird nicht verlangt? Es folgt der Antrag 3:

Annahme der Bemerkungen Ziffer 1—4.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu den Bemerkungen 1—4. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und bitte ich die Abgeordneten, die die Anträge 1, 2 und 3, wie ich sie verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 5. Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingaben des Stadtmagistrats Wildeshausen vom 8. November und 9. Dezember 1919, betr. Bewilligung von Geldern zur Deckung der Kriegsschäden, welche den Einwohnern durch die Einquartierung von Mannschaften und Pferden des bergischen Feldart.-Regts. 59 zugefügt wurden.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle die beiden Eingaben des Stadtmagistrats Wildeshausen der Regierung als Material überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Herr Abg. Leffers hat das Wort.

Abg. **Leffers**: Nicht nur aus Wildeshausen, sondern auch aus anderen Teilen des Landes sind Klagen laut geworden über bedeutende Sachschäden, welche den Bewohnern unseres Landes durch entartete Soldaten zugefügt wurden. Die Bemühungen der geschädigten Personen, für den ihnen zugefügten Schaden Bezahlung zu erhalten, waren ergebnislos, weil es an reichsgesetzlichen Bestimmungen fehlt. Aus den 70er Jahren soll ein Kriegsleistungsgesetz allerdings vorsehen, daß für derartige Fälle besondere Paragraphen beschlossen werden müssen, doch scheint man es in Berlin nach dem verlorenen Krieg nicht sehr eilig zu haben, derartige Entschädigungsparagraphen aufzustellen. Würde es sich um Einnahmequellen des Reichs handeln, oder um Arbeiter, so wäre man eiliger damit bei der Hand. Die Stadtgemeinde Wildeshausen tritt jetzt, nachdem ihre Bemühungen an zuständiger Stelle gescheitert sind, an den Landtag heran mit der Bitte um Entschädigung. Im Ausschuß war man sich dahin einig, daß derartige Entschädigungen aus Landesmitteln nicht gezahlt werden können. Aus diesem Grunde ist es auch nicht möglich gewesen, die Eingabe der Stadtgemeinde Wildeshausen unserer Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Wir sind uns dahin einig, daß es eine große Härte bedeute, wenn sie jetzt nicht entschädigt würden, und deshalb richten wir an die Regierung die dringende Bitte, ihren ganzen Einfluß auszuüben, daß den geschädigten Personen geholfen wird. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir beschlossen, die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Denis.

Abg. **Denis**: Wie ja der Bericht sagt, sind Regierung und Ausschuß dahin einig, daß das Fehlen eines entsprechenden Entschädigungsparagraphen eine furchtbare Härte ist gegenüber den Geschädigten. Wenn diejenigen, die die Einquartierung getragen haben, neben dieser auch noch die finanziellen Schäden tragen müssen, so ist das tatsächlich eine große Härte, und ich glaube auch, der Landtag wird darin einig sein und der Ansicht zustimmen, die im Ausschuß

zutage getreten ist. Wie aber weiter aus dem Bericht ersichtlich, kommen noch aus anderen Teilen des Landes Klagen; beispielsweise hat die Stadt Wechta, die lange Zeit Standort des Kölner Regiments war, gerade durch die Einquartierung, durch die Einrichtung von Quartieren, durch Lieferung von Licht und Feuerung, durch Wiederinstandsetzung der Räumlichkeiten, durch Ergänzung des Abhandengekommenen ganz bedeutende Kosten zu tragen. Es wird eine Umfrage stattfinden und die wird das ergeben. Das Ministerium wird sich bemühen, in Berlin vorstellig zu werden, damit die Interessen der Geschädigten vertreten werden. Ich bin der Ansicht, sollte das nicht von Erfolg sein, so muß in Ergänzung des Kriegsleistungsgesetzes ein neues Gesetz geschaffen werden, damit diese Art von Schäden nicht von den einzelnen und auch nicht von den Gemeinden, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Der Ausschuß konnte nicht zu einem anderen Resultat kommen, aber es müssen doch Wege gefunden werden, damit den geschädigten Gemeinden geholfen wird.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Ausschusses, wie ich ihn verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. — Es folgt ein

Bericht des Finanzausschusses zur Anlage 35.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle dem Antrage des Staatsministeriums um Ueberlassung einer etwa 76 ar großen Fläche von der Staatsgutparzelle 9 zur Anlegung eines katholischen Friedhofs zustimmen unter der Voraussetzung, daß diese Fläche von der nach der Dorfschaft Gr. Neudorf zu gelegenen Seite der Parzelle an gerechnet wird.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag, wie ich ihn verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe, betreffend die Erhaltung des Schloßgartens.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle beschließen, die Eingabe dem Staatsministerium zur Prüfung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort hat Herr Abg. Kraatz.

Abg. **Kraatz**: M. H.! In dankenswerter Weise hat sich sowohl der Urheber der Eingabe als auch der Finanzausschuß mit der Frage beschäftigt, wie in Zukunft unser Schloßgarten zu erhalten sein wird. Aber ein Moment scheint mir sowohl in der Eingabe nicht genügend berücksichtigt als auch in der Beratung des Finanzausschusses nicht beachtet worden zu sein, nämlich die Erhaltung des Schloßgartens „seiner selbst“ wegen, weil wir in dem Schloßgarten ein Kulturdenkmal, ein Naturdenkmal, ein Denkmal der

schönen Gartenkunst haben. Gerade hier im äußersten Nordwesten unseres Vaterlandes haben wir sehr wenige derartige Kulturstätten, und ich meine, es ist Pflicht der neuen Regierung, daß sie diese Schloßgartenanlagen, welche aus dem Kunstsinne und dem Naturverständnis unserer Fürsten entstanden sind, die durch fast 100 Jahre lange Arbeit der Fachleute aufgebaut und gepflegt worden sind, daß wir die für die Zukunft erhalten. Denken Sie nur an das schöne Bild, welches sich Ihnen bietet, wenn Sie von Eversten aus in die Stadt kommen. Auf der einen Seite die schönen, stattlichen Häuser, im Hintergrund die Türme der Lamberti-Kirche und auf der anderen Seite die wunderbar schönen Bäume des alten Schloßgartens. Es ist dieses eins der lieblichsten Städtebilder, welche wir in Nordwestdeutschland haben, und ich meine, ebenso wie Hannover seine Herrenhäuser Anlagen durch alle die Jahre erhalten hat, ebenso wie Bremen auf seine Wallanlagen stolz ist und außerordentlich viele Mittel für sie aufwendet, ebenso sei es mir als Fachmann, als Gärtner gestattet, darauf hinzuweisen, daß doch die Regierung möglichst weitgehende Mittel zur Verfügung stellen sollte, um unseren Schloßgarten seiner Schönheit wegen zu erhalten. (Zuruf: Stadt Oldenburg.) Wenn andererseits auch die Wirtschaftlichkeit der Frage mit in dem Bericht gestreift ist und darauf hingewiesen ist, daß ein Teil des Schloßgartens gewissermaßen als botanischer Garten eingerichtet werden könnte, so möchte ich für meinen Teil ernstlich davor warnen, daß durch Aufstellung von Namensschildern und durch Anhäufung von botanisch wertvollen Bäumen und Sträuchern, die aber in die Landschaft, in das Schönheitsbild nicht hineinpaffen, Schaden angerichtet werde. Ich habe zwar andererseits das volle Vertrauen zu dem Kunstsinne des jetzigen Leiters, des Herrn Inspektors Simmel, aber ich wollte doch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß diese Einrichtung des botanischen Gartens doch besser in einem besonderen Teil des Schloßgartens stattfinden möchte, oder aber doch die Aufstellung in recht vorsichtiger Weise vorgenommen wird. Dann möchte ich noch einen Schritt weitergehen. Da ja die Regierung zugesichert hat oder wenigstens der Herr Regierungsvertreter es in Aussicht gestellt hat, daß von Seiten des Ministeriums wohl Mittel zur Einrichtung einer Art botanischen Gartens in Aussicht gestellt werden könnten, so möchte ich darum bitten, noch einen Schritt weiterzugehen und hier eine selbstständige Fachschule und zwar eine staatliche Fachschule für Gärtnerei und Gartenbau einzurichten. Meines Erachtens ist der Schloßgarten und alles, was drum und dran hängt, hierfür ganz besonders geeignet. Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle in meiner Eigenschaft als Berufsgärtner einzugestehen, daß von Seiten der Landwirtschaftskammer während der letzten Jahre viel für die Gärtnerei und auch für die Ausbildung im Gärtnerberuf getan worden ist. Man geht jetzt sogar mit dem Gedanken um, von Seiten der Landwirtschaftskammer eine große Musteranlage zu schaffen, an die auch eine Schule für Gärtnerei und Gartenbau angegliedert werden soll. Auch bei den landwirtschaftlichen Winterschulen, das muß anerkannt werden, wird in Bezug auf den Unterricht vieles getan für den Unterricht in Obst- und Gartenbau. Aber sowohl bei Einrichtung der von der Landwirtschaftskammer beabsichtigten Musteranlage als auch

bei der Unterrichtszerteilung in den landwirtschaftlichen Winterschulen ist und bleibt die Gärtnerei ein gewisses Anhängsel, der man wohl viel Wohlwollen entgegenbringt, die aber nie auf eigene Füße gestellt wird. Darum möchte ich die Regierung bitten, daß sie doch bei der Prüfung dieser Eingabe noch weitergehen möchte und wohlwollend prüfen, ob es nicht möglich wäre, hier in Oldenburg eine selbstständige staatliche Unterrichtsanstalt für Gärtnerei und Gartenbau einzurichten, denn wir haben in ganz Norddeutschland nicht eine einzige derartige Anstalt. Wir können sogar erst gehen bis nach Köstritz in Thüringen und bis nach Dahlem bei Berlin, bis wir eine wirklich gute Fachschule finden. Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, den Herrn Ministerpräsidenten persönlich freundlichst an ein Ereignis zu erinnern, was vor 8 bis 10 Jahren stattgefunden hat, als ich in der Landwirtschaftskammer auch für die Einrichtung einer Gärtnerei und Gartenbauschule eintrat. Die Sache war ungefähr soweit, daß sie angenommen werden sollte, und da betonte auf einmal der jetzige Herr Ministerpräsident: „Wenn aus der Sache etwas ordentliches werden sollte, dann müßte sie der Staat in die Hand nehmen, dann müßten wir eine Staatschule haben“. Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident diese seine Ausführungen noch nicht vergessen hat. (Zuruf des Ministerpräsidenten: Leider liegt der Krieg dazwischen.) Ich bin der Meinung, daß, wenn angefangen wird mit einer Winterschule, es heißt nicht mit einer landwirtschaftlichen Winterschule, sondern mit einer Winterschule für Gärtnerei und Gartenbau, und diese in einigen Jahren ausgebaut wird zu einer Vollanstalt, so wird sie soviel Schüler bekommen, daß sich die Anstalt wahrscheinlich selbst tragen kann. Denn bedenken Sie, daß durch die neue Siedlungsordnung ein wahrer Hunger entsteht nach Kenntnissen auf dem Gebiete des Obst- und Gartenbaus. Also bei der Prüfung, die, wie ich höre, in recht wohlwollender Weise von der Regierung vorgenommen werden soll, möchte ich darum bitten, daß in erster Linie recht reichliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Schloßgarten seiner Schönheit wegen als Naturdenkmal zu erhalten. Es ist die einzige Stätte der schönen Gartenkunst, die wir in unserem Freistaat Oldenburg haben und andererseits bitte ich zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, hier eine staatliche Anstalt für Gärtnerei und Gartenbau einzurichten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Behrens.

Abg. Behrens: Auch ich möchte mich dem Wunsche des Herrn Kraatz anschließen, daß der Schloßgarten in seiner Natur erhalten bleibt, aber ebenso kommt dafür in Frage das in der Nachbarschaft liegende Everstener Holz. Die Petition gibt mir Veranlassung, auf etwas anderes hinzuweisen, und das sind die unwürdigen Zustände, die jetzt augenblicklich im Schloßgarten in dem Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und dem jetzigen Inspektor herrschen. Es haben sich Zustände herausgebildet, die nicht mehr als zeitgemäß bezeichnet werden können. Es sind Leute dort, die 20 bis 40 Jahre im Dienste des Schloßgartens als Arbeiter usw. beschäftigt werden, zum großen Teil sind diese Leute beschäftigt für den Inhaber der jeweiligen Stelle des Inspektors, der eine große Milchwirtschaft von 7 bis 8 Kühen, Schweine und Hühner unterhält, großen Gemüsebau betreibt,

deren Erträge er dann verkauft. Der jetzige Inspektor bezieht vom früheren Großherzog eine Pension von 2000 *M.* Die Arbeiter beziehen keine Pension, sie erhielten vorm Krieg einen Lohn von 1,75 *M.* täglich und bekommen jetzt 190 *M.* monatlich. Daß davon keine Familie leben kann, liegt auf der Hand. Wie sie eine Forderung gestellt haben, sind sie zum 1. April gekündigt. Ein solches Verhalten halte ich für durchaus ungerechtfertigt. Der Mann muß einsehen, daß mit 190 *M.* monatlich nicht zu leben ist. Diese Petition gibt mir Veranlassung, solche Mißstände hier zur Sprache zu bringen und die Staatsregierung zu ersuchen, bei nächster Gelegenheit da Abhilfe zu schaffen.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Driver.

Minister Dr. Driver: *M. H.!* Die Staatsregierung steht, wie sie wohl von ihr auch annehmen werden, auf dem Standpunkt, daß die Schönheiten des Schloßgartens, um die uns viele beneiden, erhalten werden müssen. An der Staatsregierung wird es daher in dieser Hinsicht nicht fehlen, und wenn Mittel erforderlich sind, werden diese beim Landtage beantragt werden. Was die Anregung des Herrn Abg. Kraak anlangt, eine staatliche Fachschule für Gärtnerei und Gartenbaukunst einzurichten, so darf ich darauf erklären, daß die Anregung geprüft werden soll. Ich kann natürlich nicht irgendwie schon sagen, wie das Ergebnis der Prüfung sein wird. Wir müssen selbstverständlich in der heutigen Zeit auch mit den Kostenfragen rechnen. Wenn es sich aber so günstig herausstellen sollte, wie Herr Kraak sagt, daß nach etwa 2 Jahren eine solche Schule sich schon durch die Schulgelder der sie Besuchenden unterhalten würde, dann würde große Wahrscheinlichkeit vorhanden sein, daß eine solche Fachschule eingerichtet werden kann, aber Näheres kann darüber noch nicht gesagt werden. Die Anregung ist dankenswert und wird geprüft werden. — Nun ein paar Worte zu den Beschwerden des Herrn Behrens. Die Schloßgartenverwaltung ist augenblicklich noch für Rechnung des Staates bis 1. April d. Js. Vom 1. April ab tritt ein Vertrag in Kraft, der abgeschlossen ist zwischen dem Staat und dem ehemaligen Hofgärtnerei-Inspektor Immel, dahingehend, daß Immel die Verwaltung des Schloßgartens übernimmt gegen eine bestimmte Vergütung, gegen freie Wohnung, gegen Naturalien und gegen eine Vergütung, die im Maximum limitiert ist auf 30000 *M.* Den Arbeitern ist aus diesem Grunde, weil der Staat aufhört, die Verwaltung des Schloßgartens zu haben, rechtzeitig gekündigt worden zum 1. April. Die Arbeiter bleiben nicht mehr Arbeiter des Staates, sondern sie gehen am 1. April, wenn sie ein Abkommen treffen mit Herrn Immel, in dessen Arbeits- und Vertragsverhältnis über. Die Löhne der Arbeiter sind abgestuft, ich kann es nicht genau sagen, aber ich meine der Maximallohn beträgt 1,50 *M.* Aber es liegt ein Antrag der Arbeiter vor, eingereicht durch den Tarifausschuß, daß ihre Löhne erhöht werden möchten auf 2,65 *M.* für die männlichen Arbeiter über 18 Jahre, für die weiblichen entsprechend weniger. Ueber diesen Antrag ist noch nicht entschieden, er ist gestern oder vor einigen Tagen eingegangen. Die Entscheidung der Staatsregierung wird in den nächsten Tagen erfolgen, sie kann aber, wie sich aus dem neuen Vertragsverhältnis ergibt, immer nur

gehen bis April d. Js., von da ab sind die Arbeiter ja nicht mehr Arbeiter des Staat sondern des Herrn Immel.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Murken.

Abg. Murken: *M. H.!* Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Schwerpunkt der Eingabe im wesentlichen nur darauf gerichtet ist, eine grundsätzliche Stellungnahme des Landtages wegen Einrichtung des botanischen Gartens herbeizuführen, nicht aber schon die Angelegenheit im einzelnen zu regeln. Darüber, daß der Schloßgarten als Garten erhalten werden soll, können ja wohl kaum Meinungsverschiedenheiten entstehen. Wir werden uns mit der Art, wie das zu regeln ist, noch bei Gelegenheit der Beratung des Etats und des Vertrags mit Immel befassen können. Ich möchte bitten, das zurückzustellen bis dahin.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab über den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Eingabe dem Staatsministerium zur Prüfung zu überweisen.

Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 8. Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 63.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle dem Ankauf einer 709 qm großen Fläche des zugeschütteten früheren Deljeßtrichs vor den staatlichen Grundstücken des Landgerichtsgebäudes und der Gefängnisanstalt zu 7922 *M.* zustimmen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Ich schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Oldenburg für das Forstbetriebsjahr 1917/18.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle die Anlage 45 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Ich schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht und bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Joh. Kosten in Stiefgras, Amt Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer Hinterbliebenenrente für seinen seit dem 17. Juli 1916 bei Verdon vermissten Sohn Dietrich Kosten.

Der Ausschuß beantragt

Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Ich schließe sie, wenn das Wort nicht gewünscht wird. Wir stimmen ab und ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen

wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 11. Gegenstand der Tagesordnung ist ein Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Hans Kühl in Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer laufenden Unterstützung wegen erschöpfter Arbeitsfähigkeit.

Der Ausschuß beantragt
Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Ich schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht und bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Friedrich Schierenbeck in Stüdgras, Amt Delmenhorst, betreffend Bewilligung einer dem Geldwert und den jeweiligen Preisen der Bedarfsartikel entsprechende Rente für seinen am 26. Oktober 1917 gefallenen Sohn Heinrich Wilhelm Schierenbeck.

Der Ausschußantrag lautet:

Uebergang zur Tagesordnung.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht gewünscht? Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des sozialdemokratischen Vereins Elsfleth, betreffend Verwahrung gegen den Beschluß der Landesversammlung vom 21. Juni 1919, dem früheren Großherzog eine jährliche Entschädigungssumme von 150 000 *M.* zu bewilligen.

Der Ausschuß beantragt

Der Landtag wolle die Eingabe für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsguthkapitalienkasse der Landesteile Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1920.

Der Ausschuß beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle der Staatsregierung folgende Kredite bei der Staatsguthkapitalienkasse für den Landesteil Lübeck zur Verfügung stellen:

- a) 20 000 *M.* zu Landerwerbungen zwecks Anlegung von Instenparzellen und zur Errichtung von Anbauerstellen,
- b) 10 000 *M.* für Landerwerbungen behufs Abrundung von Staatsforsten und zum Ankauf von zur Aufforstung geeigneten Ländereien, sowie zur Bestreitung der Kosten der ersten Aufforstung von Staatsgrundstücken,

- c) 17 800 *M.* zu Meliorationen und Abwässerungsanlagen, die dauernde Werterhöhung der Staatsgrundstücke versprechen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Ich bitte die Herren, die den Antrag, wie ich ihn verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Antrag 2 lautet:

Der Landtag wolle der Staatsregierung zum Ankauf und zur Ablösung von Forstberechtigungen den Rest der Staatsguthkapitalien mit etwa 9750 *M.* bei der Staatsguthkapitalienkasse bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 15. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses über

1. den Antrag des Bundes oldenburger Referendare auf Gewährung einer Aufwandsentschädigung vom 15. Dezember 1919,
2. die Eingabe des oldenburger Philologenvereins vom 31. Januar 1920, betreffend Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Studienreferendare.

Der Ausschuß beantragt im Antrage 1:

Den Antrag des Bundes oldenburger Referendare auf Gewährung einer Aufwandsentschädigung vom 15. Dezember 1919 und die Eingabe des oldenburger Philologenvereins vom 31. Januar 1920, soweit sie die Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Studienreferendare betrifft, zur Berücksichtigung zu überweisen,

und im Antrage 2:

Die Eingabe des oldenburger Philologenvereins vom 31. Januar 1920 soweit darin die Erhöhung des Satzes für Vertretungsstunden beantragt wird, durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen. Das Wort hat Herr Minister Graepel.

Minister **Graepel**: *M. H.!* Zu meinen Ausführungen gibt mir Veranlassung die Mitteilung des Ausschußberichts auf Seite 2, wo es heißt, daß der Ausschuß einstimmig der Ansicht gewesen ist, es sei nicht angezeigt, den Empfängern der Aufwandsentschädigung die Verpflichtung aufzuerlegen, sich eine bestimmte Zeit dem oldenburgische Staate zu widmen. Auf die Aufnahme dieser Bestimmung muß die Staatsregierung Gewicht legen. Sie müssen ins Auge fassen, aus welchen Gründen wir die Aufwandsentschädigung bewilligen wollen, und das sind zwei: einmal, daß die in der Vorbereitung befindlichen Herren dem Staate schon gewisse Dienste leisten, indem sie sich beschäftigen in der Verwaltung oder im Schuldienste und den Beamten also Hilfe leisten; der zweite ist der, daß sie sich zur Vorbereitung im Staatsdienste befinden, daß er ein Interesse daran hat,



daß der Vorbereitungsdiens in angemessener Weise durchgeführt wird, und das lediglich unter dem Gesichtspunkt, daß er demnächst die Dienste dieser Leute in Anspruch nehmen will. Wenn nun aber gesagt wird, den Gesichtspunkt scheiden wir aus, wir wollen, daß die Aufwandsentschädigung unabhängig hiervon gegeben wird, also auch denjenigen, die nicht in den Staatsdienst eintreten wollen, so fällt mindestens die Hälfte der Begründung weg. Ich muß darauf hinweisen, daß wir einen Vorgang in der Beziehung haben in der Ausbildung der Lehrer. Auch hier wird der Bewilligung von Beihilfen die Bedingung beigegeben, daß die Empfänger demnächst dem Staate Dienste leisten. Wenn ich noch einen Fall herausgreifen darf, so möchte ich darauf hinweisen, daß in früherer Zeit die Ausbildung der Militärärzte, die vielfach unter wesentlicher Beteiligung des Staates erfolgte, der Bedingung unterlag, sich gewisse Jahre dem Staatsdienste zu widmen. Die Staatregierung möchte bitten, daß auf diesen Punkt in die Erörterung eingegangen werde und darüber ein Meinungsaustausch im Landtag stattfindet. Zur Entscheidung wird es ja in der heutigen Erörterung nicht gebracht, denn es liegt lediglich der Antrag vor, daß die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wird. Zu dem Antrage, dem wir uns anschließen, wird dann noch ein Antrag zum Voranschlag zu stellen sein und dabei ist diese Frage zur Entscheidung zu bringen, aber immerhin scheint es wichtig zu sein für die demnächstige Verständigung im Finanzausschuß, wenn schon jetzt ein Meinungsaustausch stattfindet.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Murken.

Abg. **Murken:** M. H.! Die Gesichtspunkte, welche dazu geführt haben, für eine Aufwandsentschädigung einzutreten, sind vom Herrn Minister angeführt worden. Es handelt sich einmal darum, daß fast alle Referendare durch die lange Teilnahme am Kriege und durch die Erschwerung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse in eine bedrängte Lage gekommen sind und ferner ist zu berücksichtigen, daß sie dem Staate Dienste leisten, welche sonst von bezahlten Beamten wahrgenommen werden müßten. Wir sind im Finanzausschuße der Meinung, daß der Wert der Aufwandsentschädigung zu einem großen Teile illusorisch gemacht wird, wenn man die Gewährung der Aufwandsentschädigung davon abhängig machen will, daß der Referendar sich verpflichten soll, für eine bestimmte Zeit nach bestandener Staatsprüfung — 5 Jahre sind vorgesehen — dem Staate Dienste zu leisten. Unbedingt würde man die Ausnahme machen müssen, daß sich diese Verpflichtung nicht auch auf Referendare erstrecken darf, die sich der Rechtsanwaltschaft widmen oder die sich im Gemeindedienst betätigen wollen. In Erwägung kann gezogen werden, ob man, ähnlich wie es in Sachsen seit Jahren geschieht, die Referendare in der einen oder andern Station ihres Vorbereitungsdienstes mehr als bisher zur Bureautätigkeit heranziehen kann, damit sie noch mehr als bisher in der Lage sind, bezahlte staatliche Beamte zu entlasten. Mir ist bekannt, daß die Referendare in Sachsen genau wie die Gerichtsschreiber usw. einfach ihre bestimmte Bureauzeit haben und da arbeiten müssen. Ich halte diese Art des Dienstes für eine sehr

gute Vorbereitung, bin aber selbstverständlich nicht der Meinung, daß die wissenschaftliche Ausbildung durch den Bureaudienst beeinträchtigt werden dürfe. Die Einführung einer Verpflichtung, wonach Referendare, die vielleicht noch eine Aufwandsentschädigung erhalten, nach der Staatsprüfung noch für mehrere Jahre gebunden sein sollen, halte ich für unannehmbar.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lohse.

Abg. **Lohse:** Ich möchte mich für die Auffassung des Ausschusses aussprechen, daß diese Aufwandsentschädigung nicht von einer Verpflichtung, dem Staate eine bestimmte Zeit Dienste zu leisten, abhängig gemacht werden darf. Der Auffassung, die vom Herrn Vorredner ausgesprochen ist, daß eine stärkere Heranziehung zur Beschäftigung erfolgen müsse, möchte ich nur sehr bedingt zustimmen, nämlich davor warnen, daß wir zu dem alten System zurückkehren, daß die Referendare als Protokollführer ausgenutzt werden, wobei sie nichts lernen und nur eine mechanische Arbeit zu verrichten haben. Ich meine, daß die Bemühungen, die gemacht sind bei den Behörden, um eine bessere Ausbildung zu gewährleisten, außerordentlich gut gewesen sind in der letzten Zeit, daß für die Ausbildung sehr viel mehr getan wird als früher, und daß auch in der Selbstbeschäftigung eine Besserung eingetreten ist. Ich habe recht gute Erfahrungen gemacht, soweit ich persönlich in Betracht komme. Dann noch ein Wort zu den Studienreferendaren. Es ist gesagt worden, wenn die Aufwandsentschädigung gegeben würde, wäre eine Erhöhung der Vergütung für Vertretungsstunden nicht notwendig. Ich muß bekennen, daß ich dieser Auffassung nicht folgen kann. Die Vergütung für Vertretungsstunden, die angemessen war, kann jetzt nicht mehr als angemessen angesehen werden. Es muß in Betracht gezogen werden, daß nicht nur die Vertretungsstunden selbst in Betracht kommen, sondern daß für den angehenden Lehrer eine sehr umfangreiche Vorbereitung in Frage kommt, die mit in Betracht gezogen werden muß bei der Bemessung der Vergütung. Es kommen lächerliche Summen heraus, wenn man die Sache daraufhin ansieht, daß sie einen Teil des Einkommens der Referendare bilden sollen. Es kommt ferner in Betracht, daß die jungen Leute kaum noch als junge Leute angesprochen werden können. Sie sind zum Teil 30 Jahre alt geworden und stehen zurück hinter denen, die nicht zum Heeresdienst eingezogen und inzwischen zur Anstellung gekommen sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tanzen:** M. H.! Die Beträge sind ja gering, die bewilligt werden sollen. Wenn sie aber ohne jede Gegenleistung bewilligt werden, so bevorzugt man diesen kleinen Teil der Bevölkerung dadurch, daß man anderen Kreisen, die auch ihre Ausbildung unterbrechen mußten, denen es auch außerordentlich schwer fällt, mit den Mitteln auszukommen. Wenn Sie wüßten, welche Anträge an uns gelangen — ich will nicht auf den Bund der Kleinrentner eingehen — dann würden Sie sagen, schon der Konsequenzen wegen darf es nicht sein ohne die Gegenleistung der Referendare, daß sie sich auf eine Anzahl von Jahren zum Staatsdienst verpflichten müssen. Ich



bin der Meinung, es entspricht einmal dem Grundsatz der Gerechtigkeit, daß man sagt, ihr Herren Referendare sollt eure Ausbildung mit Hilfe des Staates beenden, dann müßt ihr euch verpflichten, dem Staate Dienste zu tun, dann aber nur hat der Staat ein Interesse. Man kann nicht sagen, daß das Interesse des Staates dahingeht, allgemein Juristen auszubilden. Nein, die Herren, die in freie Berufe eintreten, müssen die Unterstützung zurückzahlen. Wir wollen auch durch diese geringen Beträge die Referendare geneigter machen, dem Staate Dienste zu tun, weil tatsächlich ein Mangel besteht, und so scheint es mir auch deshalb erwünscht, die Bedingung daran zu knüpfen, aber auch der Konsequenzen und der Gerechtigkeit wegen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Murken.

Abg. **Murken:** Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich Herrn Vohse gegenüber nochmals betonen, daß der Ausbildungszweck bei dem Vorbereitungsdienste der Referendare selbstverständlich an erster Stelle steht. Aber ich habe den Eindruck, daß nicht in allen Stadien des Vorbereitungsdienstes die Arbeitskraft der Referendare voll und genügend ausgenutzt wird. Ich glaube, das werden mir die meisten Referendare bestätigen. Die Studienreferendare, die sich insofern, als sie eine Vergütung für Vertretungen bekommen, schon günstiger stehen als die juristischen Referendare, scheint mir keine Veranlassung vorzuliegen, ihnen neben der Gewährung der Aufwandsentschädigung auch noch die Vergütung für die Vertretungen zu erhöhen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Ich bitte die Herren, die die Anträge 1 und 2, die den Herren bekannt sind, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist ein Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Stadtssekretärs Ferdinand Treptow in Frankfurt a. Main, betreffend Abschaffung der Wählerlisten für die Wahlen zu den gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften und Einführung eines Wahlpasses.

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Der Landtag wolle beschließen, die Eingabe des Stadtssekretärs Ferdinand Treptow, Frankfurt a. M., dem Ministerium als Material zu überweisen, und den Antrag 2:

Die Eingabe des Stadtmagistrats Frankfurt a. M. für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen. Ich schließe sie, wenn niemand das Wort wünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Ich bitte die Abgeordneten, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die beiden Anträge sind angenommen.

Es folgt ein

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe der amtlichen Auktionatoren in Oldenburg über Verleihung der Beurkundungsbefugnis für öffentliche Grundstücksverkäufe.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle die Eingabe der amtlichen Auk-

tionatoren des Freistaats Oldenburg dem Staatsministerium als Material überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. — Das Wort hat Herr Minister Graepel.

Minister **Graepel:** Ich möchte auch an dieser Stelle gern betonen, daß die Auffassung der Antragsteller, man halte sie nicht für fähig oder würdig, die Urkunden aufzunehmen, nicht zutrifft. Die Staatsregierung scheidet diese beiden Gesichtspunkte aus. Sie können es wohl und sie sind auch würdig; aber wir müssen ins Auge fassen, daß die ganze Bestimmung über die Beurkundungspflicht von Veränderungen über Grundbesitz ihren eigentlichen Grund darin hat, daß die Uebertragung von Grundbesitz eine so wichtige Sache ist, daß sie gesondert vorgenommen werden soll von den Verhandlungen über den Verkauf. Es soll der, der sich seines Grundbesitzes entäußert, zwischen dem Verkaufsgeschäft und der Aufgabe des Eigentums gewissermaßen eine Ueberlegungsfrist haben, und diese Bedeutung der Beurkundungspflicht wird aufgehoben, wenn man mit der Aufnahme der Urkunden diejenigen Stellen beauftragt, die mitten in den Verhandlungen stehen. Es wird dadurch die ganze Sache verflüchtigt und das darf nicht geschehen. Das ist der Grund, warum dem Antrage nicht stattgegeben werden kann.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag

Der Landtag wolle die Eingabe der amtlichen Auktionatoren des Freistaats Oldenburg dem Staatsministerium als Material überweisen,

annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 1. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Annahme des einzigen Artikels in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab und ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag, wie ich ihn verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur zweiten Lesung sind bis Montag nachmittags 4 Uhr einzureichen.

Das Wort hat Herr Abg. Feigel zur Geschäftsordnung.

Abg. **Feigel:** M. H.! Ich möchte beantragen, da die Beratung über Punkt 19, Antrag Leffers, wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nimmt, Schluß zu machen und den Rest der Tagesordnung auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Präsident: M. H.! Sie haben den Antrag gehört. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie mit dem Vorschlage einverstanden sind. Widerspruch erfolgt nicht.

Dann habe ich noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu geben Herrn Abg. Raschke. Ich nehme an, daß der Landtag einverstanden ist.

Abg. Raschke: Gegenüber einer Aeußerung des Herrn Ministerpräsidenten muß ich das Wort nehmen. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin bei der Besprechung der Interpellation des Herrn Heitmann die Redewendung gebraucht: „Der Abg. Raschke ist nach seinem ganzen Auftreten der letzte usw.“ Diese Kritik meines ganzen Auftretens im Hause von Seiten des Herrn Ministerpräsidenten habe ich mir zu verbitten. Nach der Geschäftsordnung untersteht mein Auftreten nur der Kritik des von uns gewählten Präsidenten. Der Herr Ministerpräsident steht nicht über mir, sondern neben mir. Ich bedaure, daß ich bei dieser persönlichen Herabsetzung durch den ersten Minister des Landes auf den Schutz des Herrn Landtagspräsidenten habe verzichten müssen.

Präsident: Ich muß dazu bemerken, daß es nach der alten Geschäftsordnung dem Präsidenten nicht zusteht, ein Mitglied der Regierung zur Ordnung zu rufen.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident zu einer persönlichen Bemerkung.

Ministerpräsident **Tanzen:** Herr Abg. Raschke hat sich durch meine Bemerkung, die ich gegen ihn machen mußte vorhin, verletzt gefühlt. Es tut mir das sehr leid, daß er

sich verletzt gefühlt hat. Er hat selbst die Schuld. (Sehr richtig!) Das hat er wiederholt bewiesen und das habe ich kritisiert. Wenn Herr Raschke glaubt, sich hier hinstellen zu können und einfach die Regierungsvertreter aus dem Handgelenk heraus zu kritisieren, wie sie sich erlauben können, solche Ausführungen zu machen, dann kriegt er den Wind von vorne, gehörig, jetzt und in Zukunft.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Raschke zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Raschke: Dem Herrn Ministerpräsidenten steht es selbstverständlich frei, eine Aeußerung von mir zurückzuweisen. Ich verbitte mir aber ganz entschieden, daß er mein Auftreten in der Weise kritisiert und mich persönlich herabsetzt. Der Herr Ministerpräsident steht nicht über, sondern neben mir und verbitte ich mir aus seinem Munde eine solche Kritik und Herabsetzung.

Präsident: Ich habe noch mitzuteilen, daß Herr Abg. Zehetmair seinen Antrag in Bezug auf ein Berggesetz für den Landesteil Birkenfeld zurückgezogen hat, weil der Landesteil Birkenfeld bereits ein Berggesetz hat.

Die nächste Sitzung findet Dienstag vormittag 10 Uhr statt. Die Tagesordnung wird Ihnen schriftlich zugehen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr.)